

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 3,50 RM. monatlich 1,10 RM.
Wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 2. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Zeppeline über England.

Rohstoffbezug und Landesgrenzen.

Von Gustav Eckstein.

Die Deckung des inneren Bedarfs eines Volkes ebenso wie die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande wird um so besser gewährleistet sein, je billiger die Rohstoffe und Halbfabrikate beschafft werden können, deren Weiterverarbeitung die Hauptaufgabe der Industrie bildet.

Mit Bezug auf die Textilindustrie wies ich nur auf die in Russland unternommenen Versuche hin, die heimische Industrie dadurch von der ausländischen Rohstoffversorgung unabhängig zu machen, daß mit ungeheuren Aufwendungen in Zentralasien Baumwollplantagen angelegt wurden.

Genosse Kaliski mißt auch hier ganz verschiedene Dinge und Fragen durcheinander. Daß es für die Volkswirtschaft eines Landes und für dessen Arbeiterschaft insbesondere im allgemeinen vorteilhaft ist, wenn Kapitalien nicht exportiert, sondern im Lande selbst verwendet werden, ist eine Wahrheit, die gerade im Gegensatz zu der handelspolitischen Richtung des Genossen Kaliski immer wieder energisch betont werden muß.

Die Kapitalien, die in diesen angelegten Zusammenhänge eingehender zu sprechen sein. Aber diese Vorteile haben mit der Frage gar nichts zu tun, welchen Nutzen die russische Textilindustrie von den zentralasiatischen Baumwollkulturen hatte.

Die Lage in Montenegro und im Gebiete von Stutari ist unverändert ruhig. Die Haltung der Einwohner läßt nichts zu wünschen übrig.

Das weitere Argument Kaliskis, daß „das Geld im Land bleibt“, ist nicht sehr ernst zu nehmen. Fast könnte man glauben, Genosse Kaliski habe mehrere Jahrhunderte Entwicklung der politischen Oekonomie verschlafen und stehe heute

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Nacht zum 31. Januar versuchten kleine englische Abteilungen einen Handstreich gegen unsere Stellungen westlich von Messines (Flandern). Sie wurden sämtlich zurückgeworfen, nachdem es ihnen an einer Stelle vorübergehend gelungen war, in unseren einzudringen.

Bei Fricourt (östlich von Albert) hinderten wir durch Feuer den Feind an der Besetzung eines von ihm gesprengten Trichters. Nördlich davon drangen deutsche Patrouillen bis in die englische Stellung vor und führten mit einigen Gefangenen ohne eigene Verluste zurück.

Südlich der Somme verloren die Franzosen im Handgranatenkampf noch weiteren Boden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz

Eins unserer Luftschiffe griff Schiffe und Depots der Entente im Hafen von Saloniki mit beobachtetem, gutem Erfolge an.

Oberste Seeresleitung.

Angriff eines Zeppelin-Geschwaders gegen englische Städte.

Amtlich. Berlin, 1. Februar. (W. Z. B.) Eines unserer Marine-Luftschiffgeschwader hat in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar Dord., Gagen- und Fabrikanlagen in und bei Liverpool und Birkenhead, Eisenwerke und Hochöfen von Manchester, Fabriken und Hochöfen von Nottingham und Sheffield sowie große Industrieanlagen am Humber und bei Great Parkmouth ausgiebig mit Spreng- und Brandbomben belegt. Überall wurde starke Wirkung durch mächtige Explosionen und starke Brände beobachtet. Am Humber wurde außerdem eine Batterie zum Schweigen gebracht. Die Luftschiffe wurden von allen Plätzen aus stark beschossen, aber nicht getroffen. Sämtliche Luftschiffe sind trotz der starken Gegenwirkung wohlbehalten zurückgekehrt.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 1. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht, 1. Februar 1916:

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage in Montenegro und im Gebiete von Stutari ist unverändert ruhig. Die Haltung der Einwohner läßt nichts zu wünschen übrig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

noch auf dem Standpunkt des Monetarismus, das Thomas Mun schon im Jahre 1644 widerlegt hat. Aber in der letzten Zeit hat ja der sogenannte „Neu-Merkantilismus“ auch wieder allerhand ökonomischen Aberglauben zu neuem Leben erweckt, indem er tatsächliche Mängel der liberalen Oekonomie aufdeckte, vor allem die Unterschätzung der Wichtigkeit der Zahlungsbilanz. In der Tat ist Russland gezwungen, viel mehr zu exportieren als es importiert. Das kommt aber nicht daher, daß es Rohstoffe aus dem Auslande bezieht, sondern es ist eine Folge der russischen Volkswirtschaft für Zwecke des Absolutismus und Militarismus, der Verpflichtung, die Zinsen für die enormen Staatsschulden an das Ausland zu bezahlen. Das geschieht aber auch nicht in Geld, sondern in Produkten. Mit der Frage der inländischen Rohstoffquellen haben diese Finanzsorgen so gut wie nichts zu tun.

Doch nun rückt Genosse Kaliski schließlich mit dem schweren Geschütz aus, mit dem die Kolonialpolitiker schon seit langen Jahren eifrig Böller schießen: die Rohstoffbeschaffung aus dem Inlande mache die heimische Industrie abhängig von den „monopolistischen Gelüsten“ der ausländischen Lieferanten. Es ist sicherlich richtig, daß man von diesen oft unabhängig wird, wenn man nichts mehr von ihnen kauft. Aber schon das ist keineswegs immer der Fall. Die russische Schiffahrtsgesellschaft z. B., die russisches Petroleum statt des

amerikanischen kauft, ist deshalb nichts weniger als unabhängig von den „monopolistischen Gelüsten“ der Standard Oil Company. Denn die russischen Produzenten sind mit dieser kartelliert. Schließlich könnte es dem russischen Verbraucher ziemlich gleichgültig sein, ob ihm ein Ausländer oder ein Landsmann die Haut über die Ohren zieht. Tatsächlich sind aber die Konsumenten gegen die monopolistischen Ausbeutungsgelüste der Kartelle des eigenen Landes oft noch machtloser als gegen die des Auslandes.

Vor allem ist es ja die beliebte und bewährte Methode der Produzentenvereinigungen für Rohstoffe und Halbfabrikate, nach dem Auslande billiger zu verkaufen als an den inländischen Konsumenten. Das bekannteste und kräftigste Beispiel für diese Methode bietet die Zuderindustrie. Die so blühende englische Marmeladenfabrikation verdankt ihre Entstehung und ihre Prosperität in erster Linie den Ausführprämien, die die wichtigsten Erzeugungsländer dem Zuder gewährten. Zugleich sorgten diese auch dafür, daß der Zuder in England in ganz anderem Ausmaß zum billigen Volksernährungsmittel wurde als in den Erzeugungsländern mit ihren hohen Preisen.

Bekanntlich sind aber die kartellierten Industrien auf vielen Gebieten schon längst dazu übergegangen, aus eigener Kraft zu schaffen, was im Falle des Zuders die Staaten infolge besonderer Umstände eingeführt hatten. So gewährte der Deutsche Stahlwerksverband dem deutschen Exporteur eine Ausführprämie in wechselnder Höhe. Im Jahre 1906 betrug z. B. der Grundpreis für Deutschland: für Walzdraht zirka 127 M., die Tonne, für Flugtafeln zirka 116 M., für die Schmelz aber betragen zur selben Zeit und bei derselben Frachtbasis die betreffenden Preise 108 bis 107 M. und 108 bis 109 M. Ebenso hat aber der Stahlwerksverband auch Exportprämien nach England, Holland, Belgien usw. gewährt, so daß die Maschinenindustrien dieser Länder das deutsche Eisen billiger hatten als ihre deutschen Konkurrenten. Die berühmte Schweizer Maschinenindustrie ist ganz auf dieser Basis erstanden. In ähnlicher Weise gewährt das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Exportprämien, und ebenso machen es eine ganze Reihe ähnlicher Unternehmerverbände des In- und Auslandes.

Wie sieht es aber mit der Versorgung des Inlandes? Hier wirken unter dem Schutze der Zollmauern die Abmachungen der kartellierten Industrie- oder Agrarmagnaten mit voller Kraft. Genosse Kaliski hat den Zeitpunkt, um dieses Argument der Unabhängigkeit von monopolistischen Gelüsten vorzubringen, nicht sehr glücklich gewählt. Er möge sich die Gewinne ansehen, die jetzt während der Kriegszeit die Lederfabrikanten und andere Produzentengruppen einfließen, und die Preise für ihre Produkte, und er wird sehen, wie gut der Konsument vor solchen „monopolistischen Gelüsten“ der einheimischen Produktion bewahrt bleibt, besonders dann, wenn die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet ist. Konnte sich z. B. der österreichische Textilindustrielle von dem Zwang der amerikanischen Baumwollpflanzer noch einigermaßen befreien, indem er ägyptisches oder indisches Rohmaterial kaufte, so war der österreichische Maschinenfabrikant der Willkür des österreichischen Eisenkartells vollkommen schutzlos preisgegeben. Es ist ja eine bekannte und von österreichischen Volkswirten schon oft herorgehobene Tatsache, daß die österreichische Industrie nächst den ungarischen und österreichischen Agrariern keinen gefährlicheren Feind besitzt als das österreichische Eisenkartell. Ganz ähnlich ist die Situation in Frankreich. Wie sehr dort die unglückselige Schutzpolitik und die durch sie geförderten Machenschaften der Eisenbarone die Entwicklung der Industrie hemmen, dafür ist das schnelle Wachstum der Einfuhr von Maschinen aus dem Auslande trotz des sehr hohen Zolles bezeichnend, ebenso z. B. die Angaben, die im Jahre 1902 anlässlich einer offiziellen Untersuchung gemacht wurden. Danach betrug der Herstellungspreis einer bestimmten Art Dampfer pro Register-Tonne in England 290 Frank, in Frankreich 495 Frank.

Es ist nun ungemein charakteristisch, daß im Jahre 1908, als die Stadt Wien eine große Lieferung von Eisenrohren zu vergeben hatte, ein französisches Eisenwerk, obgleich es an Zoll und Fracht mehr als 2 Millionen Kronen zu bezahlen hatte, mit seinem Antrag das Angebot des österreichischen Eisenkartells nur um 700 000 Kronen überstieg. Zur selben Zeit verkaufte das österreichische Eisenkartell eine bestimmte Art Eisenbahnräder in Oesterreich um 465 Kronen, in Deutschland aber um 360 Kronen. Wir sehen also, daß in all diesen Fällen das Ausland unter den monopolistischen Gelüsten der Kartelle noch immer weniger zu leiden hatte, als das Inland.

Es ist ja auch sonst keine Seltenheit mehr, daß die einzige Rettung vor den Drangsalen durch die heimischen Kartelle die Zuflucht zu den ausländischen ist. Die Herabsetzung der Zölle auf kartellierte Waren, das meist gepriesene staatliche Kampfmittel gegen wirtschaftliche Uebergriffe der Unternehmerverbände, ist ja heute meist nichts anderes.

Von diesem Standpunkt aus gewinnen wir erst das richtige Verständnis für die Haltung der Industriemagnaten einerseits, der Arbeiter und Konsumenten andererseits. Für die Führer der Schwerindustrie wäre es z. B. ein großer Vorteil, wenn es ihnen gelänge, die ganze Kohlen- und Eisenindustrie unter einen Hut zu bringen. Die Landesgrenzen hindern zwar heute diese Zusammenfassung nicht mehr, aber sie erschweren sie noch immer sehr. Würden nun z. B. die lothringischen Erz- oder die polnischen Kohlengruben in das Gebiet der deutschen Zollgrenzen mit einbezogen, dann würde es viel leichter, sie in Kartelle oder Syndikate der deutschen Schwerindustrie mit einzubeziehen. Die vollständige Syndizierung der Schwerindustrie wäre aber weder für die Arbeiter noch für die weiterverarbeitenden Industrien ein Vorteil, im Gegenteil, sie würde z. B. alle Industrien, die Maschinen anwenden, schwer treffen. Es wäre also ganz verfehlt, wenn wir uns heute von billigen, aber höchst gefährlichen Schlagworten gefangen nehmen ließen und darüber die wirklichen Arbeiterinteressen aus dem Auge verlor.

Die englische Meldung über den Zeppelin-Angriff.

London, 31. Januar. (W. Z. V.) Das Pressebureau meldet: Sechs oder sieben Zeppeline unternahmen gestern Abend einen Angriff auf die östlichen und die nordöstlichen Grafschaften der Midlands. Eine Anzahl von Bomben wurde geworfen. Bisher wurde kein besonderer Schaden gemeldet.

Französische Rufe nach Vergeltung.

Paris, 31. Januar. (W. Z. V.) Die Zeppelinstreife über Paris bildet das Hauptthema der Pariser Blätter. Die Nacht der Opfer gibt „Matin“ auf 25 Tote und 20 Verletzte an. Nach Bildern zu urteilen, sind die Wirkungen der Bomben ganz erheblich. Die Zeitungen zählen die Namen der Opfer jeder Bombe auf. Daraus geht hervor, daß nur die erste und die vierzehnte keine Menschen trafen. Die erste riß in den Tunnel der Untergrundbahn ein klaffendes Loch, so daß die Gleise den Wänden freiliegen. Die Blätter rufen nach Rache. So schreibt z. B. „Capus im „Figaro“: Ein einziger Schrei ertönt von allen Lippen: Vergeltung! Rache für die Opfer an deutschen Städten! Das muß das Ziel der französischen Luftschiffahrt sein! Auch „Matin“ ereifert sich in Rachekreisen: Das ganze Volk, ja sogar Recht und Gerechtigkeit rufen danach. Die öffentliche Meinung will unerbittliche fürchterliche Vergeltung. Daneben werden Stimmen laut, die den mangelhaften Lebewachungsdienst tadeln. So sagt „L'empire“: Es ist bedauerlich, daß die Polizeipräfektur die Pariser nicht eher benachrichtigt zu müssen glaubte. 9 Uhr 20 Minuten wurde das Rufen des Zeppelins von St. Geris Wilson gemeldet. 10 Uhr 5 Minuten erst durchweilten die Feuerwehrlente die Straßen. 10 Uhr 7 Minuten ertönten schon die ersten Detonationen. Interessant ist es, daß die Zensur nicht gestattet, die Namen der Hospitaller anzuführen, wo die Verletzten liegen. Mitunter läßt ein Passus erkennen, daß die Verletzungen durch die Bomben außerordentlich schwer sind.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht von gestern. Im Artots, südwestlich von Höhe einhundertvierzig, veruchten die Deutschen in der Nacht zwei Handgranatenangriffe, welche jedoch scheiterten. In der Champagnebeschloß die französische Artillerie die deutschen Gräben nördlich von Proches; während dieses Gefechtes konnte man Explosionen an vier verschiedenen Stellen der deutschen Front feststellen. In den Argonnen Minenlampf bei Haute Chevauchee; auf die Sprengung einer deutschen Mine antworteten wir mit einer Quecksilbermine, welche eine Minengalerie des Gegners zerstörte. An den anderen Frontabschnitten Geschützfeuer mit Unterbrechungen.

Paris, 1. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern Abend. In Belgien richtete unsere schwere Artillerie ein wirksames Feuer gegen die feindlichen Arbeiten an der Straße von Steensiraete. Das Pfahlwerk der Brücke wurde beschädigt. Südlich von Rons brachten unsere Schützengrabenanlagen die feindlichen Werke in der Gegend von Fresnoires zum Einsturz. Nördlich von St. Rihel beschossen unsere weittragenden Kanonen feindliche Lager bei Conslans, östlich von Stein und bei St. Maurice an den Abhängen nördlich von Hattondatel.

Belgischer Bericht. Der Tag war im allgemeinen an der belgischen Front ruhig. Geringe Artillerietätigkeit in der Gegend von Dignude.

Die englische Meldung.

London, 31. Januar. (W. Z. V.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier in Frankreich. Eine Abteilung drang nachts in die deutschen Schützengräben an der Straße von Kemmel nach Wytschaete ein. Die Schützengräben waren voll von Menschen. Dreißig feindliche Soldaten wurden getötet, zwei Gefangene zurückgebracht und zwei Maschinengewehre zerstört. Die Artillerie zeigte den ganzen Tag bei Heuourt, nördlich von Loos und nördlich von Bulberghem lebhafteste Tätigkeit.

Die blöde Rekrutierungswut.

Seit dem August 1914, so schreibt die „Wataille“ vom 25. 1. ist die einzige Sorge der Heeresverwaltung, zu rekrutieren, nochmal zu rekrutieren und immer zu rekrutieren. Erst hat man die gefunden Leute ausgehoben, dann den Ausdank, darauf den Ausschluß des Ausschusses. Wir sind jetzt beim Ausschluß vierter oder fünfter Gänge. Von solchen Maßregeln ist nichts zu erwarten. Man entzieht Frankreich halbe und Viertelmenschchen, die als Zivilisten noch etwas leisten können, nichts aber im Heere. Man läßt das Land bis zur Wüstenei zur Ader, während man ihm die Mittel geben müßte, im Schutz einer wirklichen Armee, in Erwartung des Sieges kein Leben zu fristen. Die Heeresverwaltung glaubt wohl, daß der Helm Körperliche Kraft und Ausdauer verleihe? Es gäbe nur eine Lösung der Frage, man müsse die Unteroffiziere und Mannschaften der verschiedenen Dienstzweige hinter der Front in die Kampffront einstellen. Sie seien zahlreich, aber es geböre Arbeit und Ueberlastung dazu, um sie umzuwandeln; die Heeresverwaltung aber finde es bequemer, neue ärztliche Untersuchungen anzuordnen. So kommt es, daß stramme Kerle weit vom Schuß liegen, während Schwächlinge und Lungenpeifer unter der Last des Tornisters einherwandeln und die Lazarette füllen.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 1. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 31. Januar. Westfront: Die deutsche Artillerie beschloß Schloß und entwickelte südlich des Wabitslees eine lebhafteste Feuer-tätigkeit. Bei Oger (5 Kilometer westlich von Nowoiw) brach die Feind im Schützengrabenkampf Explosivgeschosse zur Anwendung. Nördlich

der Eisenbahn nach Ponietow und zwischen den Seen Weddum und Demmen begann der Feind eine heftige Artillerietätigkeit. In Galizien, an der mittleren Strypa, umfleckten unsere Patrouillen eine österreichische Feldwache. Im Handgemenge wurde ein Teil der Feldwache mit der blanken Waffe niedergemacht, der Rest gefangen-genommen. In der letzten Zeit konnte man eine beträchtliche Vermehrung der Ueberläufer vom Feinde zu uns feststellen.

Kaukasusfront: Die Operationen der letzten 14 Tage an der türkischen Front haben ihren Abschluß gefunden und haben unsere Erwartungen durchaus gerechtfertigt. Nachdem der erste Stoß gegen das Zentrum der türkischen Armee einen vollen Erfolg gebracht hatte, haben sich die Truppen des Generals Judentich auf der Verfolgung des geschlagenen Feindes mit ihren Anfängen bis vor die Werke von Erzerum vorgeschoben. Gleichzeitig zwangen sie die Türken durch einen Stoß gegen den rechten Flügel, die Gegend von Melasgert und Chngelate zu räumen und bis auf das Muschal zurückzugehen. Das Ergebnis der Operationen ist, daß wir den Feind in einer Breite von 60 Werst aus seiner lange vorbereiteten und ausgebauten Stellung vertrieben haben. Wir sind dadurch aus dem Gebirgslande mit seinem harten Klima heraus und in dichtere bevölkertes Gebiet und gangbareres Gelände gekommen, was die Unterbringung unserer Truppen während der Winterperiode bedeutend erleichtert. Im Laufe der Operationen haben wir zahlreiche Gefangene an Offizieren und Mannschaften gemacht, haben Kanonen, Maschinengewehre und große Mengen Artillerie- und Pioniermaterial erbeutet. Am 29. Januar haben unsere Aufklärungsabteilungen auf der Verfolgung die Türken an dem Flusse Chored zurückgeworfen. Sie haben neue Gefangene an Soldaten gemacht und über hundert Haupt Rindvieh und sonstiges Verpflegungsmaterial erbeutet.

Die Kapitulation Montenegros in russischer Beleuchtung.

Montenegros Kapitulation hat in den russischen politischen Kreisen eine tiefe und nachhaltige Bestürzung hervorgerufen. In der Presse spiegelt sich nur ein Teil dieser Stimmungen wider, da die Zensur, wie aus einigen Andeutungen in der Presse hervorgeht, gerade in dieser Frage unumgänglich ihres Amtes walte. So konnte beispielsweise das führende liberale Blatt, die „Petersoner Zeitung“, sich einige Tage überhaupt nicht über die Kapitulation Montenegros äußern, und das Blatt erdient regelmäßig mit weißen Läden an Stelle der Leitartikel. Verhältnismäßig freier äußert sich die Moskauer „Russkaja Wedomosti“, deren Petersburger Vertreter in der Nummer vom 21. Januar über die Informationen und Stimmungen in den diplomatischen und politischen Kreisen berichtet.

Nach diesen sichtlich offiziös inspirierten Mitteilungen stellt sich die Kapitulation Montenegros, nach Petersburger Auffassung, in folgendem Lichte dar: Die ersten Schritte zur Einleitung der Friedensunterhandlungen wurden vom König Nikita bereits Ende Dezember (alten Stils) unternommen. Um diese Zeit besuchte ein Generaladjutant des Königs den russischen diplomatischen Gesandtschaftsträger R. A. Onoroff und die diplomatischen Vertreter der anderen Mächte in Cetinje und wies sie auf die Gefahr hin, vor der Montenegro unmittelbar stehe. Im Namen des Königs schlug er den diplomatischen Vertretern vor, Cetinje zu verlassen und nach Stutari überzusiedeln, da die montenegrinische Regierung es sonst ablehnen müsse, die Garantie für die Gefahlosigkeit der ausländischen Diplomaten zu übernehmen. Um dieselbe Zeit jedoch, wird in Petersburg diplomatischen Kreisen berichtet, sei der neuernannte montenegrinische Ministerpräsident Muskatowitsch in gehheimer Mission nach der österreichischen Grenze gereist, um Unterhandlungen zu führen. Kurz danach sei ein Waffenstillstand geschlossen worden, worauf die Verhandlungen unmittelbar zwischen dem König und dem österreichisch-ungarischen Hauptquartier fortgesetzt worden seien.

In russischen diplomatischen Kreisen scheint man überhaupt geneigt, dem neuen montenegrinischen Ministerpräsidenten Muskatowitsch eine verhängnisvolle Rolle bei der Kapitulation Montenegros zuzuschreiben. So wird berichtet, König Nikita habe schon bei der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten die Absicht gehabt, einen Separatfrieden mit Oesterreich-Ungarn zu schließen. Die „Reich“ weist jetzt nachträglich auf den zweideutigen Geh in der Deklaration des Kabinetts Muskatowitsch hin, Montenegro werde den Kampf gemeinsam mit seinen mächtigen Verbündeten fortsetzen „in der Hoffnung, daß diese dem Königreich schätzbare und wirkliche Hilfe brächten“. In russischen diplomatischen Kreisen wird nun offen erklärt, dieser Hinweis sei eine Finte gewesen, da die montenegrinische Regierung fast gleichzeitig die Unterhandlungen mit Oesterreich-Ungarn angeknüpft habe. Es wird berichtet, daß ein Truppenheil der Verbündeten in Nordalbanien schon am 20. Dezember (alten Stils) die telegraphische Korrespondenz zwischen dem montenegrinischen Ministerpräsidenten und dem Chef der Garnison in Stutari aufhob, in der die ersten Hinweise auf die Absicht des Königs enthalten waren, einen Separatfrieden mit Oesterreich-Ungarn zu schließen. Am demselben Tage verließen daraufhin die letzten Mitglieder des serbischen Kabinetts Stutari, um über San Giovanni di Medua auf einem italienischen Schiff nach Volona und Korfu zu reisen. Zufällig erfuhren auch französische Offiziere in Cetinje über die Unterhandlungen zwischen Montenegro und Oesterreich-Ungarn und teilten dies sofort ihrer Regierung mit. Nur infolge der Tätigkeit der Franzosen und Italiener konnten noch die letzten Reste der serbischen Truppen aus Montenegro hinausgeführt werden.

Um die Kapitulation Montenegros in besonders schwarzem Lichte erscheinen zu lassen, scheint man sich in Petersburg nicht, dem König Nikita offen den Vorwurf zu machen, er habe seit Kriegsbeginn nur seinen eigenen Vorteil gesucht und nie auf die gemeinsamen Operationen der Verbündeten Rücksicht genommen. Ja, es wird sogar in diplomatischen Kreisen behauptet, der Fall des Landes sei keineswegs erzwungen worden, da die Verleumdungen noch lange hätten Widerstand leisten können. Die daran geknüpfte Andeutung, der Leutnant sei sofort nach der Rückkehr des montenegrinischen Ministerpräsidenten von seiner geheimen Mission bei den Oesterreichern geflohen, sagt über die Gemütsverfassung der leitenden politischen Kreise in Petersburg genug. Dem König Nikita wird vorgeworfen, er habe sich ausschließlich von dynastischen Interessen leiten lassen, ihm seien offenbar Versprechungen für die Zukunft gemacht worden usw. usw.

Die Nachricht von der Flucht des Königs aus Montenegro und der daraus ersiehende Wirtswort von Meldungen bewies zwar eine gewisse Verwirrung in der russischen Presse, aber die ersten politischen Organe haben sich dadurch in ihrer Meinung nicht irre machen lassen. So schreibt die „Reich“ in ihrer politischen Uebersicht vom 11. (24.) Januar, nachdem sie in großen Zügen die oben wiedergegebene Darstellung behauptet, weder die veränderten Rechtsverhältnisse des Ministerpräsidenten Muskatowitsch noch die ungeschickten Dementis des montenegrinischen Generalkonsuls in Paris könnten den König von der Sämac der Separatfriedensunterhandlungen reinigen. Der Botschafter habe allen Grund gehabt, auf den Versuch Nikitas, einen Separatfrieden abzuschließen und die moralische Gefahlosigkeit der Verbündeten zu erschüttern, schmerzhaft zu reagieren. Ebenso begreiflich sei es, daß dieser Vorgang auf Rußland besonders schmerzhaft zurückgewirkt habe.

Die Lage in Albanien.

Ueber die Zustände in Albanien bringt die „Gazzetta di Venezia“ einen sehr interessanten Bericht vom 19. Januar. Danach hat das fliehende serbische Heer eine epidemische Krankheit nach Durazzo eingeschleppt. Auch ein Teil der Bewohner ist angesteckt worden. Alle Hospitäler sind überfüllt,

und die Behörden haben die größten Schwierigkeiten, Ordnung zu halten und die nötigen hygienischen Maßregeln zu treffen. Ueberhaupt wird die Lage der Italiener in Albanien in diesem Berichte der „Gazzetta di Venezia“ als sehr schlecht hingestellt. Zwischen den Serben und den Italienern sind Differenzen ausgebrochen. Durazzo ist überfüllt mit Serben, welche die Pässe von Tirana und Elbasan gegen die Bulgaren hätten halten sollen, sowie von aus Serbien eingetroffenen österreichischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Unter diesen Umständen hat das italienische Kommando sehr große Schwierigkeiten, die Stadt Durazzo und ihre Umgebung in Verteidigungszustand zu setzen.

Was die Lage aber besonders erschwert, das ist die außerordentliche Haltung der Albaner. Nicht weniger als 60 000 wehrfähige Albaner sollen sich dem Oesterreichern zur Verfügung gestellt haben. In Südalbanien ist der offene Aufbruch schon emporgelodert. Aufstehende, türkische Albaner und Griechen haben sich zu Bänden zusammengeschlossen, das Sandschal Berat besetzt und im Hauptort Berat eine besondere Regierung proklamiert. (Inzwischen sind bereits die Bulgaren in Berat, das ein wichtiger Straßenknotenpunkt ist, eingerückt.) Diese Bänden schneiden auch den Serben, die über Berat und Goriha nach Griechenland fliehen wollen, den Rückzug ab und liefern sie der Einkreisung durch die Bulgaren aus. Obwohl die italienische Zensur die schlimmsten Stellen aus diesem Stimmungsbild geschnitten hat, bleibt es doch noch düster genug.

Weiteres Material zur Beurteilung der Lage in Albanien liefern die Erklärungen, die der über Albanien und Frankreich nach der Schweiz geflüchtete Chef des Sanitätsdienstes der serbischen Armee, Dr. Petrowitsch, dem Genfer Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ gab. Dr. Petrowitsch sagte:

„Nach unserm Siege bei Rudnik im Jahre 1914 legte der serbische Ministerpräsident den Alliierten die Notwendigkeit einer Hilfeleistung von ihrer Seite dar und forderte 200 000 Mann Verstärkung von ihrer Seite dar und forderte 200 000 Mann Verstärkung, damit man jeder bulgarischen Ueberschuldung gewachsen wäre. Aber die Alliierten wollten, in der Idee der Wiederherstellung des Balkanblocks befangen, durch ein von ihnen aufgelegtes Abkommen die serbisch-bulgarische Freundschaft wieder erwecken, ohne an die verschiedene Stimmung der beiden Völker zu denken... Wenn die Alliierten uns zur Zeit der Verhandlungen mit Bulgarien 100 000 Mann geschickt hätten, so hätte sich unser Heer von heute besonnen. Die deutsch-österreichisch-bulgarische Offensive war dank der Langmut der Oesterreichener erfolgreich. Die durch Krieg und Krankheiten geschwächte serbische Armee zählt heute noch 120 000 Mann. Beim Beginn der feindlichen Offensive zählte sie nicht mehr als 150 000 (offizielle Zahlen).“

Major Petrowitsch sprach darauf von dem schrecklichen Rückzug der serbischen Armee und dem Auszug des erschöpften und verhungerten Volkes auf den leichtenbefähigten Bergen. „Es fehlte uns an allem, selbst am Nötigsten. In Albanien fanden wir Lebensmittel, aber zu exorbitanten Preisen. Das Brot wurde in kleinen Stücken verkauft — eines kostete sechs Frank — Weizenmehl und Bohnen kosteten drei Frank das Pfund. Kartoffeln waren nicht aufzutreiben. Die Albaner selbst benahmten sich wie Wegelagerer, sie griffen die Proviantszüge und sogar die Ambulanzen an, raubten und stahlen alles, was irgendwie Wert haben konnte. So wurden zwischen Prizren und Skutari zwei Brüder, Kerge, der Oberst und der Major Zeratsch, überfallen. Der Major wurde getötet; der Oberst verdankte sein Leben einer Frau, die ihm Gastfreundschaft anbot, aber alles, was er besaß, wurde ihm gestohlen bis auf seine Hemden.“

Dr. Petrowitsch äußerte sich noch über den König von Montenegro: „Dieser“, sagte er, „ist sehr schlau. Er hat seine Partien sehr gut gespielt und hat sie gegen die Oesterreicher gewonnen, denn die Bitte um Waffenstillstand geschah nur zu dem Zweck, um den Rückzug der montenegrinischen und eines Teils der serbischen Armee zu ermöglichen. Und das ist gelungen.“

Verurteilung eines luxemburgischen Abgeordneten.

Das Feldgericht der stellvertretenden 80. Infanterie-Brigade hat den luxemburgischen Abgeordneten Emil Prüm, Gerbereibesitzer und Bürgermeister von Clerf, wegen Verleumdung des deutschen Heeres, begangen durch Verbreitung der Schrift „La Belgique martyre“ und eines von ihm selbst verfaßten Buches zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren Gefängnis verurteilt. Prüm war in der Abgeordnetenversammlung der Führer der Alerikalen. Wegen der vorerwähnten Betätigung wurde er von der deutschen Besatzungsbehörde festgenommen und zur Aburteilung nach Trier geführt.

Eine französische sozialistische Kundgebung über die Kriegursache.

„Avant!“ vom 25. Januar läßt sich aus Paris berichten: Das Comité „Action Internationale“ in dem sich die sozialistische Opposition gegen die gegenwärtigen Leiter der Confédération Générale du Travail verkörpert, und hinter dem die Mehrheit des Parisarbeiterverbandes, der Bauarbeiter des Seinedepartements sowie starke Gruppen der Erdarbeiter, Steinmetzen, Wärsenbinder u. a. m. stehen, veröffentlicht als Flugchrift einen Brief an die Abonnenten der „Vie Ouvrière“, die infolge Mangels an Mitteln eingegangen ist. In dieser Flugchrift heißt es u. a.:

Vielen Arbeitern sind durch den Gang der Ereignisse die Augen geöffnet. So häufig jähzt von der Front einer unserer Freunde, der sich abwendend von der Notwendigkeit des Krieges gegen eine unerträgliche Tyrannei hatte überzeugen lassen, daß er jetzt erkenne, wie die Regierenden den Sinn des Krieges gefälscht haben. Dies ist freilich nicht richtig: nicht den Sinn des Krieges hat man gefälscht; falsch war die Auslegung, die man dem Krieg gab!

Die der Regierung Gefolgschaft leistenden Syndikalistischen Haupten zweifeln: Erstens, daß sie alles zur Verhinderung des Krieges taten, und zweitens, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei. Eine ebenso bequeme wie nützliche Auffassung. Man hat sich nichts vorzuwerfen und muß sich doch gegen einen seit lange vorbereiteten Angriff verteidigen. Nur sind freilich beide Behauptungen falsch.

Was taten denn jene Syndikalistischen, um den Krieg zu verhindern? Die Geldkassette der fast täglichen Sitzungen des Comité Confédéral ist nicht rühmlich.

Auch wenn man sich an die unmittelbaren Tatsachen hält und nur die diplomatischen Dokumente der Verbündeten prüft, darf man doch nicht sagen, daß allein Deutschland den Krieg wollte und provozierte. Der im August 1914 ausgebrochene Krieg brauchte schon seit einem Jahrzehnt über Europa. So oft er drohte — 1905, 1911 und 1912 — mobilisierten wir die französischen Arbeiter und organisierten internationale Kundgebungen. Da der Krieg, der zusammenstoß rivalisierender Imperialismen, jetzt trotzdem Wirklichkeit geworden ist, stellt man sich, als ob man ihn nicht mehr kennt, und gibt ihm den Charakter eines plötzlichen Angriffs des pruzischen Militarismus gegen die Freiheit der Völker. Glaubt man, so die eigene Unabhängigkeit modifizieren zu können?

Gandelt man auf Ueberlegung, so treibt man ein jämmerliches und gefährliches Spiel, da diese Anschauung zu gewissen Folgerungen führt. Wenn nämlich Deutschland seit 40 Jahren rüftet

um sich zu gelegener Zeit auf Frankreich zu stützen, dann hätten unsere Nationalisten ja recht! Und auch für die Zukunft werden die Zeitsünder Deutschlands recht haben, denn ein der linksrheinischen Provinzen beraubtes Deutschland, wie es die Patriotenliga wünscht und auf Karten, die sie an der Front verteilt, darstellt, wäre militärisch geschwächt und würde Jahrzehnte zur Wiedererlangung seiner Macht brauchen. Aber dies würde in keiner Weise den Militarismus treffen. Den deutschen Militarismus können, wie schon der Engländer Arnold Bennett betonte, nur die Deutschen selbst vernichten.

Ferner dirat diese plöylich auftauchende Auslegung, die allen vor dem Krieg aufgestellten Behauptungen völlig widerspricht, noch eine weitere Gefahr — sie befreit unsere Chauvinisten von jeder Verantwortung. Denn unsere Chauvinisten reden von dem Krieg des Rechts gegen deutsche Barbarei. Und wir würden ihnen damit ja erlauben, zu sagen, daß sie den Krieg nicht wollten. Vergessen würden wir Delcassés deutschfeindliche Politik, die Jaurès so oft und mutig zum Verger der anglofranzösischen Imperialisten gepöyelt hat! Schweigend würden wir hinweggehen über die seit Vincars Wahl von der Regierung befolgte rein nationalistische Politik!

Wir wollen nicht die Verantwortung Deutschlands verkleinern, dessen Vangermanisten um so gefährlicher waren, als sie siegreich über eine gewaltige Militärmacht verfügten. Aber unsere und die englischen Nationalisten sind ihnen nicht schuldig geblieben.

Nach allem, was wir gesehen und getan haben, können wir nur sagen, daß der Zusammenstoß rivalisierender Imperialismus den Krieg hervorrief, und wir weigern uns entschieden, uns mit den Regierenden, die alle ihren Teil der Verantwortung tragen, zu identifizieren. Und wenn wir so die amtliche Auslegung des Krieges nicht annehmen und deshalb Deutschenfreunde genannt werden, dann geben wir die Antwort, die Roath Ableth namens der Walker Vergarbeiter den Jingos gab: „Wir sind nicht Deutschenfreunde, wir sind aber die Arbeiterklasse.“

Die F. S. P. und die deutsche Sozialdemokratie.

Die Organisationen der F. S. P. von Lancashire und Cheshire hielten am 15. Januar 1916 ihre halbjährliche Konferenz ab. Es wurde u. a. folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz begrüßt die deutschen Sozialisten zu ihren mutigen Bemühungen, im Reichstag eine ministerielle Erklärung zu erhalten über die deutschen Friedensbedingungen. Sie fordert auch die Parlamentsmitglieder der F. S. P. auf, die englische Regierung im Unterhause aufzufordern, die Bedingungen zu veröffentlichen, unter denen sie bereit wäre, Friedensunterhandlungen anzuknüpfen.“

Die englischen Gewerkschaften und die Wehrpflicht.

Die syndikalistische „Gazette“ vom 23. Januar schreibt, daß die Krise in England noch nicht beendet sei, sondern eigentlich erst jetzt anfangen. Die Opposition gegen das Wehrgesetz von 39 Stimmen scheint lächerlich gering, doch stütze sie sich auf eine ernste Opposition unter den Arbeitern. Die sozialistische Partei sei geteilt, und nur zehn Mitglieder haben gegen das Gesetz gestimmt, aber diese seien die Wortführer der Gewerkschaften. Die drei Arbeiterminister seien im Kabinett verblieben als Würgen für Asquiths gute Absichten, aber ihr Zweck sei nicht erreicht, und die Gewerkschaften seien nach wie vor gegen die Wehrpflicht. Nicht aus unparteiischer Gesinnung, sondern sie fürchteten, daß dem militärischen Zwangsdienst der industrielle folgen werde, und dann sei es mit allen Freiheiten und Errungenschaften der Arbeiter vorbei. Asquith habe kein Wort versprochen, daß das nicht geschehen werde und man zweifle nicht an seiner Aufrichtigkeit, wisse aber nicht, wie lange er noch im Amt bleibe und ob er nicht von den Ereignissen fortgerissen werde. Er habe sich ja zuerst auch gegen die Wehrpflicht ausgesprochen und erklärte sie jetzt für eine Notwendigkeit, so könne es auch mit dem industriellen Zwangsdienst geschehen. Die Arbeiter verteidigten sich gegen die übermächtigen Kapitalisten, die unter dem Deckmantel des Patriotismus ihre wucherischen Interessen wahrnehmen.

Oberst House auf der Rückreise über Paris und London.

Genf, 31. Januar. (W. Z. V.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Der amerikanische Oberst House, der im Auftrage des Präsidenten Wilson in Berlin war und heute morgen in Genf angekommen ist, reiste abends nach Paris, London und Amerika weiter. Im Laufe des Tages hatte er eine Unterredung mit Stovall, dem amerikanischen Gesandten in Bern, und mit Penfield, dem amerikanischen Votschafter in Wien. Er ist begleitet von seiner Gattin und zwei Privatsekretären.

Eine neue Rede Wilsons.

Milwaukee, 31. Januar. (W. Z. V.) Neuter-Meldung. Wilson sprach in einer großen Versammlung, in der sich auch viele Deutsch-Amerikaner befanden. Er wiederholte sein Versprechen, der Nation den Krieg zu ersparen, betonte aber auch von neuem die Schwierigkeiten, mit denen dies verbunden sei und die es nötig machten, ein Programm der Bereitschaft zu unterstützen. Der Präsident erklärte, es gebe keine Krise, aber wenn die Welt brenne, müsse man sein Haus in Ordnung bringen.

Wilson gegen die englische Blockade.

London, 1. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet, er wisse bestimmt, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Großbritannien Wilson Sorge machen. — Wilson weigert sich die militärische Notwendigkeit als Rechtfertigung für die Blockade anzuerkennen, die seiner Ansicht nach eine Verletzung neutralen Handels wäre. Der Korrespondent sagt, Vansings Vorschläge an die Kriegführenden bezüglich der U-Boote und der Entwaffnung der Handelsschiffe würde von der britischen und französischen Regierung kaum angenommen werden.

Der Stand der deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Berlin, 1. Februar. (W. Z. V.) Neuter meldete vor zwei Tagen aus Amerika, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Washington zu erwarten sei, wenn nicht binnen kurzem von deutscher Seite zufrieden-

stellende Zusicherungen zur Beilegung der „Lusitania“-Angelegenheit gegeben würden. In ähnlicher Weise äußerte sich „Times“, die betonte, daß zwar kein Ultimatum gestellt sei, daß jedoch Washington sich geweigert habe, die seit einiger Zeit zwischen dem Votschafter Grafen Bernstorff und Staatssekretär Lansing gepflogenen vertraulichen Aussprachen über den „Lusitania“-fall fortzusetzen.

W. Z. V. bemerkt hierzu:

Es ist richtig, daß am Sonnabend, den 29. v. Mts., ein telegraphischer Bericht hier eingegangen ist, aus dem hervorgeht, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, auf dem Wege des mündlichen und vertraulichen Meinungs austausches zu einem beide Teile befriedigenden Ausgleich über den „Lusitania“-fall zu gelangen. Eine Weisung an den kaiserlichen Votschafter, die eine endgültige Verständigung erhoffen läßt, ist heute telegraphisch nach Washington übermittelt worden.

Politische Uebersicht.

Unterstützung der arbeitslosen Konfektionsarbeiter.

Zu den bekannten Beschlagnahmemaßnahmen wird offiziös mitgeteilt:

„Unsere Vorräte an Rohstoffen für Textilgewerbe und Konfektionsindustrie reichen für die Bedürfnisse des Heeres und der Zivilbevölkerung noch auf Jahre hinaus. Wenn jetzt eine weitgreifende Beschlagnahme vorgenommen wird, so soll dadurch Sicherheit dafür gewonnen werden, daß unter allen Umständen, auch wenn der Krieg nach dem Willen unserer Feinde noch jahrelang dauern sollte, durch eine weite Vervielfachung der vorhandenen Vorräte deren Bearbeitung und Verbrauch richtig eingeteilt wird. Immerhin greift die am 1. Februar 1916 verfügte Beschlagnahme und Besonderehebung von Web-, Wirk- und Strickwaren nicht unwesentlich in das wirtschaftliche Leben ein, insbesondere wird die Konfektionsindustrie getroffen, und es können mit der Zeit, vornehmlich in größeren Städten, in denen Massenkonfektionsbetriebe sich befinden, Konfektionsarbeiter in größerer Zahl beschäftigungslos werden.“

Soweit diesen Arbeitern anderweitige Arbeitsgelegenheit nicht beschafft werden kann, muß die gemeindliche Erwerbslosenunterstützung eintreten.

Es werden von der Reichsregierung Maßnahmen eingeleitet, wie einer eintretenden Arbeitslosigkeit und ihren Folgen begegnet werden kann, insbesondere sollen wie für die Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie erhöhte Beihilfen aus Reichsmitteln den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch zugunsten einer Erwerbslosenunterstützung für die von der neuen Beschlagnahme betroffenen Angestellten und Arbeiter zugänglich gemacht werden.“

Selberich in Wien.

Wien, 1. Februar. (W. Z. V.) Wie die Blätter melden, hat der Kaiser dem Staatssekretär Dr. Selberich das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Bei dem gestrigen Festmahl zu Ehren des Staatssekretärs feierte Ministerpräsident Graf Stürgkh, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, in seiner Ansprache den Staatssekretär, der in Wien als guter Freund aufgenommen werde; jeder sei hier voll Bewunderung für seine Führung der Reichsfinanzverwaltung sowie für seine großen, glänzenden Taten im Reichstage, wie überhaupt für sein gelantes öffentliches Wirken. Graf Stürgkh brückte die Hoffnung aus, daß das Zusammenarbeiten der verbündeten Reiche auf politischem Gebiete sie auch wirtschaftlich und finanziell einigen werde, und daß sie dann mit gemeinsamer Kraft das Ziel des vollen Erfolges gegen die Feinde erreichen werden.

Staatssekretär Dr. Selberich drückte seine Freude aus, nach Wien gekommen zu sein, wo er viele Freunde habe. Der Staatssekretär sprach die Ueberzeugung aus, daß das Zusammenwirken der beiden verbündeten Reiche nicht nur für die Waffenbrüderschaft im Felde, sondern auch in gemeinsamer, zäher wirtschaftlicher Arbeit zum Ausdruck kommen würde. Das unüßbare Zusammenhalten der österreichisch-ungarischen Monarchie mit Deutschland habe sich voll bewährt und die Erfolge des gemeinsamen, siegreich bestandenen Ringens würden auch in späterer Zukunft ihre reichen Früchte tragen.

Beide Ansprachen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die „Deutsche Juristenzeitung“ gegen Liebknecht.

Die „Deutsche Juristenzeitung“ gibt die Anregung, den Genossen Liebknecht durch ein Verfahren der Anwaltskammer und des Ehrengerichtshofes aus dem Rechtsanwaltsstande auszuschließen.

Das Blatt begründet den gelinde gesagt höchst eigenartigen Vorschlag folgendermaßen:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht ist auf Grund des Mehrheitsbeschlusses der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages nummehr aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Immer noch aber ist Liebknecht Mitglied der deutschen Rechtsanwaltschaft. Es bedarf nicht erst tiefergehender wissenschaftlicher Forschungen, um der Ueberzeugung Raum zu geben, daß es ebensowenig im Interesse der deutschen Rechtsanwaltschaft wie in dem der deutschen Rechtspflege liegt, einen Mann wie Karl Liebknecht noch länger in den Reihen deutscher Anwälte zu sehen. Nachdem er in einer geradezu an Landesherrn grenzenden Weise die Ehre vermischt hat, als Deutscher bezeichnet zu werden, sollte die deutsche Rechtsanwaltschaft ihn nicht länger in ihren Reihen dulden.“

Auf Grund mehrerer, gleichzeitig uns zugekommener Anfragen, auch von deutschen Rechtsanwäkten, richten wir daher an die Anwaltskammer und an den Ehrengerichtshof für deutsche Rechtsanwäkte die Frage, ob im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege ein Mann wie Karl Liebknecht noch weiter als deutscher Rechtsanwalt angesehen werden kann. Man kann auch nicht einwenden, daß Liebknecht lediglich unter dem Schutze der Immunität gehandelt hat. Denn auch außerhalb des Parlamentes hat er, worüber die Tagespresse mancherlei Material mitgeteilt hat, in der gefährlichsten Stunde des Vaterlandes so stark gegen dessen Interessen gehandelt, die Landesverteidigung derartig erschwert, damit unseren Feinden Mut gemacht die Gefahr der Verlängerung des Krieges, wie das neueste Manifest der französischen Sozialdemokraten angibt, herausbeschworen und er, der sich für den Vossist des Friedens hält, dadurch eine so schwere Blutschuld auf sich geladen, daß kein Vilsigender Lieblichkeit als einen für seine Ueberzeugung lebenden Märtyrer ansehen wird, wenn das Deutsche Reich dem die Ausübung hoher Rechte verweigert, der die Uebernahme der damit verbundenen Pflichten schroff ablehnt.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dem Vorschlag:

„Wir glauben, daß mit der Erfüllung der hier erhobenen Forderung ein äußerst gefährlicher Weg beschritten werden würde. Die Ausschließung von Mitgliedern des Anwalt-

standes ist bisher nur bei Verköhen gegen die Berufsethre erfolgt, und wir sind der Ansicht, daß es dabei bleiben muß.“

Auch wir sollten meinen, daß der „Deutschen Juristenzeitung“, wenn sie sich einmal mit politischen Dingen und Kriegsfragen beschäftigt, andere Angelegenheiten juristischer und völlerrechtlicher Natur weit näher lägen, als eine solche Scharfmacherei gegen Liebknecht.

Den Genossen Liebknecht ernstlich gegen die Verdächtigung der Landesfähigkeit oder gar einer „an Landesherrn grenzenden“ Handlungsweise zu verteidigen, wird man uns kaum zumuten. Der deutsche Rechtsanwaltsstand würde nur selbst sein Ansehen gefährden, wenn er in politisch erregter Zeit über beratener politischer Leidenschaft die Zügel schießen lassen wollte!

Eine neue „burgfriedliche“ Gründung.

„Ein Großbund aller Deutschen Feldgrauen“ hat sich in Berlin gebildet. Sein Programm lautet:

„Der Großbund aller Deutschen Feldgrauen ist ein Volksbund deutscher Männer und Frauen, die ungeachtet ihrer politischen Anschauung oder ihres konfessionellen Bekenntnisses sich zusammenschließen, um die Bestimmung zu pflegen, die beim Ausbruch des Weltkrieges das ganze deutsche Volk einmütig erfaßte und das Durchhalten ermöglichte. Diese Denkart sei als lebendes Denkmal und Wahrzeichen für kommende Geschlechter als „feldgrau“ bezeichnet.“

Wer diese „feldgrau“ Bestimmung zu erhalten wünscht, wer sie fördern und festigen will, gleichviel ob deutscher Mann oder deutsche Frau, der gehört in den Großbund und hilft an seinem Teile dazu beizutragen, die Kaiserworte „Ich kenne nur noch Deutsche“ auch dann, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, in die Tat umzusetzen. . . .

So ehren wir das Andenken der teuren Toten mit den Worten Hindenburgs: „Möge der Geist der Einigkeit, der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, der Gottesfürcht, der ersten Pflichterfüllung und der Hochachtung aller Ideale unserem Volke in den langen Friedensjahren, die Gott uns nach ehrenvoller Beendigung des Krieges schenken wolle, als wertvolles Vermächtnis aus großer Zeit dauernd erhalten bleiben!“

Diese schlichten, tiefsten Worte umfassen die Ziele des Großbundes aller Deutschen Feldgrauen!

Der Großbund will eine Verlebung des inneren Volkslebens auf dem Gebiete der Religion, der Sitte, des Geistes und der Künste; Schaffung einer reinen, auf sittlicher Höhe stehenden deutschen Kunst. Eine Minderung des troffen Parteihaders, Ueberbrückung, nicht Trennung der bestehenden Anschauungen. Es trete die Selbstsucht in den Hintergrund und die Rücksicht auf das Gemeinwohl marschiere! Der Großbund dient zumal der Förderung deutscher Art und der Hochhaltung deutscher Ideale.“

Versammlungsaufösung in Breslau.

Am Sonntag sprach in Breslau im dortigen Reichert-Zunungs- hause in einer öffentlichen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Genosse Bauer aus Berlin über die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre. Seine fünfviertelstündige Rede stellte sich im wesentlichen die Aufgabe, Belehrung zu bringen und nachzuweisen, daß die ganze Arbeiterversicherung dringend nötig war, um das Volk vor dem Verfallen in Not und Elend zu bewahren und ihr ist es auch mit zu danken, daß wir jetzt im furchtbaren Völkerringen gegen eine Welt von Feinden und krasse und freigeizig behaupten. Am Schluß kam Genosse Bauer auch auf die Gewerkschaften zu sprechen. Nach einem Berichte unseres Breslauer Parteiblattes führte er u. a. aus: Während des Krieges hat man ja auch schon eingesehen, wie nötig und segensreich die Gewerkschaften im wirtschaftlichen und staatlichen Leben sind. Die Regierung hat auch bereits erklärt, daß die Gewerkschaften in einem besonderen Gele anerkannt werden sollen.

Der Vorsitzende stand bei diesen Worten auf und erklärte: Genosse Bauer, im Auftrage des überwachenden Beamten soll ich Sie bitten, zur Sache zu sprechen.

Bauer (fortfahrend): Ich glaube, ich spreche sehr zur Sache. Ich muß doch im Zusammenhang die Aufgaben kennzeichnen, die unsere Regierung und die Gewerkschaften in dieser schweren Zeit haben. Gerade die Gewerkschaften sind es gewesen, die in der ganzen Zeit des Krieges die Einigkeit im Lande gefördert haben; wir halten diese Einigkeit in diesen schweren Tagen des Krieges für durchaus nötig. . . .

Bei diesen Worten erhob sich der überwachende Polizeikommissar, setzte sich den Helm auf und erklärte die Versammlung als aufgelöst.

Die Versammlung konnte die Auflösung der Versammlung gerade nach diesen Worten des Genossen Bauer nicht begreifen, und Worte starker Entrüstung kamen von manchen Lippen. Im übrigen leerte sich der große Saal schnell ohne Zwischenfall.

Ein unqualifizierbarer Angriff.

Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ brachte vor einigen Tagen einen heftigen Angriff gegen einen Jugendbund, weil er sich u. a. wegen eines Beitrages über Jugendberziehung an die große schwedische Dichterin Ellen Key gewandt hatte. Man sollte meinen, daß eine solche Bitte absolut nichts mit Politik, Krieg und dergleichen zu tun habe, und daß der erwähnte Jugendbund eine im Interesse der deutschen Jugendberziehung liegende Tat vollbrachte, als er sich an Ellen Key wandte, die noch neulich von Hedwig Dohm als „die Menschheitsmutter par excellence“ bezeichnet worden ist. Der „Lokal-Anzeiger“ unterscheidet aber anders. Nach seiner Meinung ist Ellen Key „nicht wahrig, zur deutschen Jugend zu sprechen“. Grund? Ellen Key habe im „Forum“ eine ganze Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen sie „in der krassen Weise gegen Deutschland Partei nimmt.“ Diese Mitteilung ist dem „L.-A.“ von einer Dame gemacht worden, die früher zu dem Kreise der Ellen Key gehörte, sich jetzt aber von ihr zurückgezogen hat.“ Also auf Grund der Angaben einer enttäuschten Renegatin — anders können wir die besagte „Dame“ nicht nennen — wird gegen eine Dichterin von Welt Ruf ein Verurteil gleichleudert.

Letzte Nachrichten.

Briand über den Zeppelinangriff.

Paris, 1. Februar. (W. Z. V.) In der Kammer erklärte Ministerpräsident Briand, der Zeppelinangriff sei als ein im Kriege unvermeidliches Mißgeschick zu betrachten. Es sei unmöglich, öffentlich die zur Verteidigung von Paris ergriffenen Maßnahmen in einzelnen darzulegen. Die Interpellation über diesen Gegenstand wurde sodann auf das Anerbieten des Kriegsministers Gallieni, morgen dem Heeresauschuss Aufklärungen zu geben, vertagt.

Die Agrarierberatungen in Budapest.

Budapest, 1. Februar. (Z. U.) Die Beratung der deutschen, österreichischen und ungarischen Agrarier ergab die einmütige Ansicht, daß eine Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn nicht in Betracht kommen könne.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.
Brauerei- und Mühlenarbeiter.

In der letzten Generalversammlung erstattete Sodapp den Quartals- und Jahresbericht, beide zusammenfassend. Eine Drucklegung des Jahresberichts ist in diesem Jahre unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse nicht erfolgt, jedoch sollen die Jahre, in denen dieses geschehen muß, mit einbezogen werden, wenn eine Drucklegung der Jahresberichte wieder aufgenommen wird. Eine Klage in den Annalen der Fabrikzeitschrift Berlin wird also nicht eintreten. Ueber die Urlaubsfrage, die böses Blut erzeugt habe, sage er noch einmal, was er schon früher betont habe: Wer jetzt zum Militär einberufen wird und den Urlaub noch nicht in natura erhalten hat, bekommt ihn ausbezahlt. Die übrigen müssen ihn bis 31. März 1918 ausbezahlt erhalten.

Für die Frauenarbeit kam folgende Vereinbarung zustande: Die Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften in den Brauereibetrieben wird von den Tarifparteien als ein Ausnahmestadium angesehen, der sich aus der Unmöglichkeit ergibt, infolge des Kriegszustandes männliche Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl heranzuziehen zu können. Aus diesem Grunde haben die Tarifparteien gegen eine solche ausnahmsweise Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften grundsätzlich keine Bedenken. Bedingung für ihre Beschäftigung ist die Gewährung eines Wochenlohnes von mindestens 21 M. bei tarifmäßiger Arbeitszeit (sechs Arbeitstage mit neunstündiger Arbeitszeit). Die Parteien sind sich darüber einig, daß mit Beendigung des Kriegszustandes grundsätzlich die Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften aufhören soll, soweit sie nicht tarifmäßig überhaupt zulässig ist. So mit einer Änderung des jetzigen Ausnahmestandes eventuell auch schon vor Beendigung des Krieges gerechnet werden kann, behalten sich beide Parteien vor, dieses Uebereinkommen jederzeit mit vierwöchentlicher Frist kündigen können. Auf die in den Brauereibetrieben bereits bisher mit wirtschaftlichen Arbeiten usw. beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte finden vorstehende Abmachungen keine Anwendung.

Aus dem Ausnahmestadium, wo Flaschenbierfabriker ohne Mitfahrer sich bedienen müssen, ist ein Dauerzustand geworden. Der wurde ausgeglichen durch Entschädigung je nach der Kastenzahl von 2-4 M. pro Tag. Es wurde nun verlangt, daß eine entsprechende Ausgleichsvergütung auch für Fassbierfabriker gegeben werde. Die Brauereien bestritten, daß bei dieser Kategorie die Voraussetzung für eine solche Vergütung vorhanden sei und haben sie abgelehnt.

Die Stellung des Verbandes zur Frage der Feuerungszulage habe große Zustimmung hervorgerufen. Sodapp erklärte: Trotz aller gegenteiligen Mitteilungen im „Vorwärts“ muß darauf bestanden werden: eine Forderung auf eine Feuerungszulage von Verbands wegen ist mit Rücksicht auf den Tarif unmöglich. Dies ist auch den Mitgliedern mitgeteilt worden, allerdings mit dem Hinweis, daß, auch bei strikter Respektierung der Tarife, eine Aufbesserung der Löhne geboten sei, da die Feuerungsverhältnisse ins Ungewöhnliche gestiegen wären. Der Verein der Brauereien sprach sich denn auch prinzipiell gegen eine Lohnerhöhung aus, gewährte aber nachträglich doch eine solche von 10 M. pro Monat von Mai 1918 ab auf 8 Monate. Die ringfreien und Weißbierbrauereien schlossen sich dem an. Da die Feuerung nicht ab-, sondern zunahm, wurde die Frist auf Wunsch der Verbandsleitung auf weitere 4 Monate verlängert und wird auch für das 1. Quartal 1918 mit 15 M. pro Monat gezahlt.

Was die Fürsorge für die Krieger anbelangt, so muß nochmals darauf verwiesen werden, daß jeder vom Heer Entlassene sich zuerst an seinen früheren Arbeitgeber wenden soll. Redner warnte auch vor Unberufenen, die in Kriegsursorge machen und Kriegsbeschädigten durchaus helfen wollen, auch wenn diese bereits untergebracht sind. Es wäre besser, wenn das nicht geschähe und man diese Krieger vorerst mal in Ruhe ließe, damit sie sich wieder im Erwerbsverhältnis einleben können.

Das Eingungssamt ist nur viermal in Anspruch genommen worden und zwar nur in unerheblichen Fällen. Eine Klage des Vereins der Brauereien gegen die in Betracht kommenden Verbände wegen Verzögerung der dritten Feiertage ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Auch sonst vorgefallene Streitigkeiten wurden zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt.

Im übrigen sind die Aussichten für das Brauereigewerbe nicht sehr rosig. Augenblicklich sei es ja noch nicht so schlimm, da noch Arbeitermangel herrsche, wenn aber nach Friedensschluß das Kontingent noch nicht wieder erhöht sein sollte, würde die Lage beim Zurückkommen der Krieger ungünstig werden.

Die Agitation ist zurzeit nötiger denn je. Der Verband steht vor großen Aufgaben. Jeder Mann muß heran.

Im Quartalsbericht ist ein Posten für Arbeitslosenunterstützung nicht vorhanden. Der Verband lehnt es ab, in der jetzigen Zeit Arbeitslosenunterstützung auszugeben, das würden die Mitglieder auch nicht verstehen.

Die Abrechnung zeigt folgendes Bild: Einnahme 16 150,50 M., Ausgabe 14 414,12 M., an die Hauptkasse gezahlt 5 736,33 M., Gesamtumsatz 16 150,50 M. Lokalkasse: Einnahme 24 434,28 M., Ausgabe 22 457,22 M. Bleibt eine Mehreinnahme von 1947,06 M.

Wegen der Fürsorge für die Mühlenarbeiter hat sich der Verband an die Berliner Mühlen gewandt. Geantwortet haben nur zwei Betriebe, und zwar entgegenkommend. Soweit es überhaupt nur möglich ist, sollen die Krieger wieder angenommen werden und das zu einem Lohn der als recht und billig bezeichnet werden kann. Die Konjunktur im Mühlengewerbe ist gut, gelernter Müller sind gesucht. Die Löhne haben sich dadurch erheblich verbessert. Die Mitglieder haben infolgedessen zum Teil gesagt, daß hätten sie ohne Verband erreicht, sie bräuchten darum diesen nicht mehr. Nachträglich sei ihnen aber der Wunsch gekommen, die jetzigen Löhne als Friedenslöhne festzulegen. Dazu bräuchten sie aber den Verband. Sodapp erklärte, wenn die Mühlenarbeiter ihre Lage dauernd verbessern wollten, dann muß ihre erste Sorge sein, ein straffes Organisationsverhältnis zu gestalten.

In der Diskussion wurde ausgeführt: Der Verband habe eine Lohnaufbesserung zu verlangen, nicht zu erbitten, und zwar 5 M. pro Woche, die auch wöchentlich auszuablen seien. Daß die Brauereien genügend Kapital besäßen, sei erwiesen. Das Bier wird bereits viel dünner gebraut, so daß den Betrieben schon hierdurch ein erheblicher Gewinn entstehe, bei jedem Sud etwa 800 M., mache bei 8 Sud pro Tag 2400 M. Erparnis. Der Verband hätte auf die Abmachung betreffend die Frauen nicht eingehen, sondern den Standpunkt wahren sollen: gleicher Lohn für die Frauen, wo sie an Stelle von Männern stehen. Die Frauen werden aus den Betrieben nicht wieder verschwinden, trotz Vertrag. Trotz Tarif kann auch mehr Lohn gefordert werden.

Ein Redner meinte, dem Verbands seien keine Vorwürfe zu machen, denn ihm würden ja in seinem Wirken auch Grenzen gezogen. Die Demokratie sei ausgeschaltet, es werde über die Köpfe der Arbeiter hinweg gehandelt. Aus dem „Vorwärts“ gehe hervor, daß alle Arbeiter Feuerungszulagen gefordert haben, warum die Brauereiarbeiter nicht?

Ein Redner warnte davor, die Gewerkschaftsleitungen herabzusetzen; so könne man keine Propaganda für die Gewerkschaften betreiben. Die „Herren“, die oben an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung ständen, seien keine Herren, sondern Vertrauensleute der Arbeiter, von diesen auf ihren verantwortungsvollen Posten gestellt.

Von der Goldbaderlei und Dampfmühle Goldacker wurde berichtet: Ein früherer Arbeiter kam beschädigt aus dem Kriege. Goldacker stellte ihn bereitwillig ein, als aber die erste Woche zu Ende war, zog der Inhaber dem Arbeiter 10 M. ab, mit dem Hinweis, daß er ja 42 M. Monatsrente bekomme. So sehe es jetzt schon aus in einzelnen Betrieben.

Weiterhin wurde in der Diskussion davor gewarnt, Kontraktbruch zu begehen. Die Kündigungsfrist sei streng einzuhalten.

Die Frauenarbeit zu verhindern, war nicht möglich, wurde von Seiten der Verbandsleitung erklärt, also mußte man zu verhindern suchen, daß dauernder Schaden für die Organisation daraus erstand. Dies ist geschehen. Was nur möglich war, hat die Organisationsleitung getan. Der Tarif mußte eingehalten werden unter allen Umständen, aber kein Arbeiter kann verhindert werden, unter Beachtung der Kündigungsfrist, dorthin zu gehen, wo er mehr verdient.

Die Ortsverwaltung und die Vertrauensmännerkonferenz empfahl, den ledigen Kriegern eine Extraunterstützung von 5 M. zu gewähren. Die Versammlung stimmte dem zu.

Mit dem eindringlichen Appell, für die Organisation zu arbeiten, schloß Sodapp die Versammlung.

Die Einsitzer nahmen in ihrer letzten Branchenversammlung den Bericht der Kommission entgegen. Es wurde beschlossen, die Branchenkommission in ihrer bisherigen Zusammenfassung weiter bestehen zu lassen. Nach Ergänzung der Zahl der Generalversammlungsdelegierten wurde der Leitartikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 29. Januar lebhaft diskutiert. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß der Streit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ fernzuhalten sei. Insbesondere bedauerte die Versammlung die Redewendungen, welche die „Holzarbeiter-Zeitung“ dem Abgeordneten Liebknecht gegenüber gebrauchte. Sie wünscht nicht, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ den Parteistreit schüre.

Deutsches Reich.

Textilarbeiterunterstützung im Wuppertaler Bezirk.

Eine Konferenz der Gemeinde- bzw. Kreisleitungen von Elberfeld, Barmen, Schwelm und Vohwinkel, zu der Vertreter der Handelskammer und des Vereins für Gemeinwohl angezogen waren, nicht aber solche der Gewerkschaften, legte Richtlinien für die Unterstützung der arbeitslosen Textilarbeiter in ihrem Bezirke fest. Es wird bestimmt:

1. Wenn auch durch Reich und Staat für arbeitslose Textilarbeiter besondere Zuschüsse an die Gemeinden gezahlt werden, so ist es doch nicht angängig, daß die Gemeinden die arbeitslosen Textilarbeiter günstiger stellen, als die Arbeiter anderer Branchen, die ebenfalls infolge des Krieges ohne ihr Verschulden arbeitslos geworden sind.

2. Einen über die Gemeindegrenzen hinausgehenden Bezirk für die Organisation der Arbeitslosenfürsorge zu erlassen, wird als unangemessen abgelehnt. Die Fürsorge wird an die bereits geschaffene Organisation jeder einzelnen Gemeinde angelehnt. Dagegen ist nötig, daß über die Höhe der Unterstützung eine Einigung erzielt wird. Die Sätze der Unterstützung werden den Lebensbedingungen der einzelnen Orte angepaßt.

3. Den Gemeinden wird empfohlen, die Arbeitslosenunterstützung nach den Grundsätzen der Kriegsunterstützung zu gewähren. Als Haushaltsvorstand wird der Mann angesehen. Die Ehefrau erhält den Satz wie ein Kind über 14 Jahre.

4. Auch die einzelnen Orte sollen keine besondere Organisation zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung, etwa unter Hinzuziehung der Unternehmer und Arbeiter, schaffen. Feststellung und Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung geschieht wie bei der Kriegsunterstützung.

Zu der Beratung saßen die Gemeindebehörden sich erst durch die Eingaben der Textilarbeiterorganisationen herauf. Was dabei herausgekommen ist, atmet nicht gerade vorbildlichen sozialen Geist, wenigstens scheint es uns ganz unmöglich, Familienväter mit den geringfügigen, noch keine 9 M. die Woche betragenden Unterstützungen abzupeilen und die Ehefrau als Kind zu behandeln, für das noch nicht 4 M. die Woche gezahlt werden. Diese Unterstützung ist tatsächlich zum Leben zu wenig.

Ausland.

Die Abwanderung von Arbeitswilligen aus der Schweiz und ihre Folgen.

Im Jahre 1911 kämpften in St. Margarethen (an der schweizerisch-österreichischen Grenze) die Steinhauer während 5 Monaten um die Verbesserung der Lohnbestimmungen des bestehenden Tarifvertrages, wobei es sich um Auspöterung handelte. Im Frühjahr 1912 wurde der Kampf durch den Zuzug zahlreicher Arbeitswilliger aus Deutschland (Wala) zumunsten der kämpfenden Arbeiter beendet. Der Krieg brachte die Rückkehr der deutschen Arbeitswilligen in ihre Heimat. Da die organisierten Steinhauer in der Schweiz St. Margarethen gesperrt hatten, sahen sich nun die dortigen Unternehmer wegen Mangel an Arbeitern genötigt, mit dem Steinarbeiterverband wieder in Verhandlungen zu treten und im Dezember 1915 kam ein neuer Tarifvertrag zustande, der die gleichen Löhne enthält, die in der Stadt Zürich gezahlt werden.

Aus Industrie und Handel.

Der atlantische Passagierverkehr nach dem Kriege.

Der „Morning Post“ vom 28. Januar wird aus Washington gemeldet: In Schiffsverkehrskreisen erwartet man eine scharfe Konkurrenz im transatlantischen Dampferdienst nach Friedensschluß. In New York hört man, daß der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie je fünf neue große Schiffe in den Passagierdienst einstellen werden, um den großen Verkehr zu bewältigen. Man glaubt, daß eine halbe Million Deutscher, Österreicher, Ungarn und Slawen gern nach Europa rückwandern wollen, um festzustellen, was aus ihren Verwandten geworden ist und ob die Nachfrage nach Arbeitern so groß ist, daß die Löhne in Europa höher als in Amerika sein werden. Die meisten dieser Leute reisen zwischendeck, viele aber auch 2. Klasse. Deutsche Linien werden sich bemühen, den Passagierverkehr 1. Klasse an sich zu reißen, aber die Amerikaner sind gegen Deutschland so verstimmt, daß nicht viele von ihnen zum Vergnügen nach Deutschland fahren und keine deutschen Schiffe benutzen werden, wenn englische und französische Linien die gleichen Bequemlichkeiten bei gleichen Preisen bieten.

Man verlange ausdrücklich:

Underberg-Boonekamp

SEMPER IDEM

oder einfach:

„Underberg“

Die Worte „Underberg“, „Underberg-Boonekamp“ sowie die Devise „Semper Idem“ sind für mich gesetzlich geschützt und bürgen für die von mir seit nahezu 70 Jahren vertriebene vorzügliche Qualität.



H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhd.) Gegründet 1846.



Die Stellung der französischen Gewerkschaftsminorität zum Kriege.

Genf, 22. Januar. (Fig. Ber.) Bekanntlich enthielt die Mai-Nummer des französischen Metallarbeiterorgans die erste offizielle internationale und kriegsfeindliche Erklärung der Minderheit in der französischen Arbeiterkonföderation. Das Blatt, das vom Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Alfred Merheim, geleitet wird, enthält nun in seiner Dezembernummer (der ersten Nummer, die seit Mai erschienen ist) eine interessante Uebersicht über die Stellung der internationalistisch gesinnten Minorität der Confédération Generale (C. G.). Die Tatsachen, auf die sich die Minorität beruft, die von ihr erlassenen Aufrufe, die Art der Abstimmung bei verschiedenen Anlässen — alles das ist schon bekannt, aber die Zusammenfassung alles dessen für die Mitglieder der Gewerkschaft wird auch in weiteren Kreisen Interesse erregen. Schon die Einführung des Verdicts über die verflochtenen 6 Monate wirkt bezeichnend Schlaglichter auf die Stimmung der internationalistisch gesinnten französischen Arbeiter.

„Seit einigen Monaten,“ heißt es dort, „schreiben uns Organisationen und einzelne Kämpfer unserer Sache: Aus der uns lahmlegenden erstickenden Umgebung, wo alles von Verleugnung, von Verzicht auf die früher vertretenen Anschauungen, von größter moralischer Feigheit erfüllt ist, aus der Hölle der grauenhaftesten Ausbeutung, der man uns unter dem Mantel der „heiligen Einigkeit der Nation“ unterwirft, bitten wir Euch, Genossen, uns wieder den Trost und die Ermunterung zu geben, die wir aus der Mai-Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ geschöpft haben. Beeilt Euch! Wir haben ein dringendes Bedürfnis, zu erfahren, daß unsere Zentralorganisation uns nicht verläßt, daß sie nicht auch dem vom Kriege entseffelten . . . Völkerverhaß nachgibt. Mag sie ihre Stimme erheben, für uns alle sprechen. Wenn nicht, so laufen wir Gefahr, dem Zweifel zu unterliegen, den Glauben an die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung und des Internationalismus zu verlieren.“

„Das ist der Ruf,“ bemerkt das Organ der Metallarbeiter, „den die bedrängten und geplagten Genossen an uns aus den Fabriken und Werkstätten richten. Wir vernehmen ihn ebenso, wie wir die Stimmen der in den Schützengräben weidenden Genossen hören.“

Die beiden Strömungen innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung werden nach ihrer Stellung zum Kriege folgendermaßen charakterisiert: „Die eine der Richtungen, die der Mehrheit, unterbricht ihre gewerkschaftliche Aktion für die Dauer des Krieges. Sie unterwirft ihre äußere und innere Aktion dem Willen der Regierung. Die andere Richtung, die untrübe, gibt nicht zu, daß die gewerkschaftliche Bewegung nach der Entsefflung der kriegerischen Leidenschaften auf ihr Wesen zu verzichten hat. Sie erklärt, daß die „heilige Einigkeit der Klassen“ nichts anderes ist als ein Betrug durch die bürgerliche Klasse und ein Verrat durch die Gewerkschaften, die am Burgfrieden festhalten. Unsere Richtung ruft die Arbeiter zu einer sofortigen, internationalen . . . Die . . . Aktion entwickelt sich bereits auf ernster Grundlage, auf die wir uns in unserer Aktion stützen. Wir sind stolz darauf, daß wir an dieser Konferenz teilgenommen haben. Wir hatten ihre Wichtigkeit vorausgesehen und haben ihr zugestimmt, soweit unsere italienischen und schweizerischen Genossen uns dazu aufforderten. Umsonst hat man versucht, die Konferenz durch eine beschämende Verschwörung des Lächelns zu unterdrücken. Wir haben es als unsere Pflicht gehalten, die Arbeiterchaft über die Konferenz zu unterrichten, da die skandalöse Diktatur der Parteileitungen (wörtlich: der kleinen Regierungen des Sozialismus und des Syndikalismus) den Arbeitern die Wahrheit über die internationale Aktion vorenthalten will. Die vielen Beweise der Solidarität, die vielen uns zugegangenen Ermunterungen beweisen uns, daß die Arbeiterchaft dem . . . Internationalismus treugeblieben ist.“

Was die Aktion betrifft, so betont der Ausschuh der Metallarbeiter-Gewerkschaft, daß es ihm darauf ankomme, zu „kämpfen für die Anerkennung der Rechte der Allgemeinheit unter Zurückweisung eines jeden Vorrechtes und einer jeden Gunst“. Durch diese Worte kennzeichnet die Metallarbeiter-Gewerkschaft ihre ablehnende Haltung zu jeder persönlichen Beziehung zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführern. Jedesmal, wenn Thomas oder andere Regierungsvertreter mit dem Sekretär der Gewerkschaft eine Rücksprache haben wollten, hat der Leiter der Metallarbeitergewerkschaft die Aufforderung dem Ausschuh übermitteln, und die Angelegenheit ist stets kollektiv behandelt worden. „Gewiß,“ schreibt der Ausschuh, „hätten auch wir besondere Begünstigungen erhalten können, wenn wir geneigt gewesen wären, sie durch persönliche Gegendienste unserer Führer und Kampfgenosse zu erwidern, und wenn wir eine Lätigkeit entfallen würden, die unserm Erachtens dem allgemeinen Interesse unserer Organisation und der Metallindustrie im allgemeinen zuwiderläuft. Man hätte uns diese Begünstigungen um so eher gewährt, je mehr wir bereit gewesen wären, die allgemeinen Interessen unserer Organisation zu vernachlässigen und auf unsere Unabhängigkeit, auf unsere Würde und Freiheit zu verzichten. Dazu haben wir uns nicht herablassen wollen. Wir haben uns nicht den korrumptierenden Sitten der Regierungen anpassen wollen, die auf die Dauer aus den beiden Genossen ein Werkzeug der Wächter und der Regierung machen — zum Schaden der Würde, der moralischen Stärke der Organisationen und ihrer Aktionen. . . Unseres Erachtens schließen sich Günst und Recht gegenseitig aus; die erstere erhält man leicht, aber auf Kosten der Würde, der Unabhängigkeit und der Aktionsfreiheit der organisierten Arbeiter. Rechte werden durch die Aktion erzwungen, stärken das Selbstbewußtsein der Arbeiter, indem sie die Aktionsfreiheit und die Unabhängigkeit der Organisationen und ihrer Mitglieder anregen.“

Wenn das normale Leben wieder aufgenommen werden wird, werden unsere Genossen aus den Fabriken und die Heimkehrenden unsere Stellung beurteilen. Die Ermüdigungen, die sie uns zukommen lassen, indem sie darauf bestehen, daß wir in unserer Haltung verharren, beweisen uns, daß sie mit uns einverstanden sind. Sie erwecken in uns die Zuversicht, daß sie unsere Stellung einstimmig aufheben werden. Das genügt uns und wir erwarten die Stunde der Auseinandersetzung, einer Auseinandersetzung, die vollständig

und gründlich sein wird, so gründlicher, als diejenigen es wünschen, die nicht Recht und Freiheit, sondern Begünstigungen (Zugeständnisse) verlangen.“

Das tägliche Brot.

Zur Frage der Kartoffelversorgung.

Die amtlichen Stellen bemühen sich jetzt, die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise zu rechtfertigen und die durch die Preiserrhöhung entstandene Mißstimmung zu beschwichtigen. Der amtliche Nachrichtendienst für Ernährungsrfragen vom 31. Januar beschäftigt sich in dieser Richtung recht eingehend mit der Kartoffelpreissfrage. Da werden zunächst folgende „Feststellungen“ gemacht:

1. In sehr großem Umfange hat sich der Verbrauch schon eingestellt für den Winterbedarf, in Befolgung der von der Regierung bezeitigen erlassenen Aufforderung. In diesem Umfange trifft die Preiserrhöhung also nicht die Winterversorgung.

2. Die Preiserrhöhung ist gedacht als vorbeugendes, rechtzeitig ergriffenes Mittel, für Frühjahr und Sommer reichliche Vorräte zu sichern; es soll beim Mangel an Futtermitteln der Anreiz gestärkt werden, die Kartoffel dem menschlichen Konsum möglichst vorzubehalten.

3. Die Laffen dieser Preiserrhöhung treffen den Verbraucher nicht, da Preußen und das Reich bis etwa zum 15. März die erforderlichen Zuschüsse übernehmen. Bei der Struktur des preussischen Steuersystems ist es nicht zutreffend, daß auf diese Weise der kleine Verbraucher indirekt doch wieder belastet werde.

4. Es ist nicht zutreffend, daß die Preiserrhöhung für die Landwirte, die aus vaterländischer Gefinnung ihre Kartoffeln bezeitigen auf den Markt bringen, eine Strafe bedeutet. Der Westen und Süden hat meistens frühzeitig abgeliefert. Aber für den Westen und Süden haben die Kartoffeln einen weit geringeren Futtermittelwert als für den Osten. Jene Landwirte, die früh abgeliefert, haben für die Zwischenzeit Zinsgewinne gehabt, sie hatten keinen Verlust durch Schwind und Fäulnis und keine Kosten für Lagerung und Verforgung der Kartoffeln; beachtet man das, so wird man nicht sagen können, die Preiserrhöhung bedeute eine Belohnung für unsoziales Verhalten; eher könnte man sagen, sie paßt sich den besonderen Verhältnissen an.

5. Es sind vielfach unzutreffende Vorstellungen über den Ausfall der Ernte der Ostprovinzen verbreitet. Der Ausfall der Gesamtfruchtenernte im Osten war derartig, daß eine in manchen Gegenden mittelmäßige Kartoffelernte herangezogen werden mußte für die Wintererträge der anderen Futtermittel.

An einer anderen Stelle des amtlichen „Nachrichtendienstes“ wird die Preiserrhöhung wie folgt begründet:

„Für die Landwirte hat die Kartoffel beim Mangel an Futtermitteln die größte Bedeutung. Die Vieh- und Pferdchaltung hängt sehr stark von ihr ab, andernfalls müßte die Landwirtschaft teurere Futtermittel hinzukaufen oder ihren Viehstand verringern.“

Soweit nun die Kartoffeln beschlagnahmt sind, hat der niedrige Preis von 2,75 M. häufig das Vieh aus dem Stalle getrieben. Das war der Fall bei Schweinen, die in die Konjerven- und Wurstfabriken wanderten, und auch bei dem Rindvieh, das den gleichen Weg ging oder schließlich zu hohen Preisen am Fleischmarkt erschien.

Dazu kam, daß der Kartoffelhandel infolge der vorgeschriebenen Verbiensgrenzen sein besonderes Interesse an einer gleichmäßigen Markterforgung befandete, zumal ihm die Witterungsverhältnisse jeden Tag durch Frostereitris Schaden zufügen konnten, domgegenüber der festgelegte Zwischenpreis zu gering erschien.

Weiter darf nicht vergessen werden, daß die Kartoffeln gerade infolge des niedrigen Preises auch in den Städten in großen Mengen veräußert wurden und daß diese veräußerten Mengen für die menschliche Ernährung verloren gingen.

All diese Staküsse trugen mit dazu bei, die regelmäßige Kartoffelversorgung der Städte zu beeinträchtigen. Man muß weiter berücksichtigen, daß die Kartoffeln der letzten Ernte außerordentlich wasserhaltig waren, infolgedessen bei der Lagerung an Gewicht verloren und leicht zur Fäulnis neigten. Der Verlust durch Schwind und Fäulnis ist nicht unbedeutend. Er wird mit jedem Tage größer und das allein schon rechtfertigt eine der neuen Maßnahmen.

Würde man nun diese Verhältnisse am Kartoffelmarkt sich ruhig entwickeln lassen, ohne rechtzeitig einzugreifen, so wäre die Folge, daß die Versorgung der kommenden Monate noch schlechter würde, denn der Futtermittel der bereits durch Gewichtverringern und Fäulnis zurückgegangenen Erntemengen würde beim Festhalten an einem Preise von 2,75 M. täglich steigen.“

Diese Begründung der Preiserrhöhung der Kartoffeln wird nicht dazu beitragen, die Kritik an der Regierungsmahnahme in gewissem Maße zu mähigen; schon deshalb nicht, weil keine Garantie dafür vorhanden ist, daß die von der Regierung erhoffte Wirkung auch tatsächlich eintritt. Diese Wirkung hätte man aber auf anderem Wege bestimmen können. Noch dazu kommt, daß jetzt vielfach „festgestellt“ wird, die Landwirtschaft habe keine Preiserrhöhung verlangt. Eine solche Preispolitik sieht wohl einzig in der Wirtschaftsgeschichte da.

Zur Kartoffelnot.

Mit den Maßnahmen der Regierung in der Kartoffelfrage befaßte sich am letzten Sonntag auch eine Konferenz der rheinisch-westfälischen Presse. Dort wurde unter allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck gebracht, daß die Art, wie die Regierung die Landwirte und Kartoffelspekulanten zur Herbeischaffung der Vorräte veranlassen will, total verfehlt ist. Die Tatsache, daß die Konventionen vorerst noch keine höheren Preise zu zahlen brauchen, wirkt keineswegs beruhigend, da die aus den öffentlichen Kassen an die Besitzer der Kartoffeln jetzt zu zahlenden Beträge doch später vom Volke in Form von Steuern wieder aufgebracht werden müssen. Im vorigen Jahre habe man den Leistungen mitgeteilt, daß sie der Bevölkerung versichern könnten, eine Erhöhung der Höchstpreise fände nicht statt. Heute bestärme das Publikum, das im Vertrauen auf diese Erklärung sich nicht mit Kartoffeln eingedeckt habe, und auch die Produzenten, die sich im gleichen Vertrauen ihrer Bestände entäußert hätten, die Zeitungen mit Vorwürfen. Die Regierung hätte den umgekehrten Weg beschreiten müssen, als sie es getan hat. Sie hätte sagen müssen, daß die Höchstpreise noch bis 1. Februar gelten, dann aber beträchtlich herabgesetzt würden. Diese Mahnahme hätte sicher den von der Regierung gewünschten Erfolg gehabt.

Der Auffassung können wir nur Beifall zollen.

Ausschaltung des Zwischenhändlerturns.

Im holländischen Landtage ist ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden, der die Regierung erucht, die von der Landwirtschaft erzeugten hauptsächlichsten Lebensmittel unter Ausschaltung des Zwischenhändlerturns, soweit es embehrlich ist, unmittelbar an die Konsumalverbraucher zu bringen. Bei der Beratung des Antrags wurde unter anderem die Notwendigkeit für die großen Städte betont, sich bestimmte Organisationen zu schaffen, um ihren Einwohnern billige Lebens- und Verbrauchsmittel des täglichen Bedarfs zu schaffen. Vor allem müßten die Rahlieferungen in den Städten organisiert werden.

Aus der Partei.

Noch ein Spaltungspolitiker.

Genosse Winnig, der zweite Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, veröffentlicht im Karlsruher „Volksfreund“ einen Artikel, in dem er nach bekanntem Muster darlegt, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen an der „Politik des 4. August“ festhalten müßten. Der Kern seiner Darlegungen ist in folgenden Sätzen enthalten:

Die Gewerkschaften werden mit Nachdruck aussprechen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit gutheißen und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitag das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Maßnahmen der künftigen Politik zu geben. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen — sie können die Gewerkschaften nicht zu einer grundsätzlich anderen Haltung bewegen. . . .

Freiglich ist nur — und nur darum geht die Entscheidung —, wie sich das künftige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wird. Eine Rolle zu spielen, wie sie die Wortführer der Minderheit den Gewerkschaften zumuten, dazu haben diese sicherlich keine Neigung. Der Sieg der Minderheit würde die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich zwingen, in parteipolitischen Fragen völlige Enthaltensamkeit zu üben und aus sich selbst heraus Methoden und Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen in Gesetzgebung und Verwaltung zu entwickeln.

Winnig vertritt also nicht nur die Auffassung, daß die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei um jeden Preis eine politische Marktroute vorzuschreiben berechtigt seien, die gewisse Gewerkschaftsleitungen für die einzig richtige halten, sondern er droht auch ganz unverblümt mit der Abspaltung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie und der Schaffung einer selbständigen Gewerkschaftspartei, falls die sozialdemokratische Partei sich demnach der Politik der Minderheit zuwende.

Also nach Röhle und Kolb noch ein „Sonderhändler“ und „Parteierspaltener“.

Freilich nehmen wir auch Winnigs Drohung nicht allzu tragisch. Zu einer politischen Sonderaktion der Gewerkschaften müßten doch auch die Massen der Gewerkschaftsmitglieder ihre Zustimmung geben. Diese aber würden sicherlich den Winnig und Gefinnungsgenossen mit aller Deutlichkeit die Gefolgschaft ankündigen!

Zu den Parteidifferenzen in Bremen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen hatte beschlossen, daß die Parteidrucker am Orte die neu gegründete „Bremische Korrespondenz“ nicht mehr drucken soll. Der Geschäftsführer der Druckerei ist diesem Beschlusse nachgekommen. Die „Bremische Korrespondenz“ wird jetzt in einer bürgerlichen Druckerei Bremens hergestellt.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Eine am Sonntag in Kassel abgehaltene Konferenz für den Wahlkreis Kassel-Weilungen, die von 57 Genossen besucht war, nahm Stellung zu den Streitfragen in der Partei. Referenten waren die Genossen Thöne und Hüttmann. Ersterer betrat den Standpunkt der Fraktionsmehrheit, Hüttmann, Abgeordneter des Wahlkreises Kassel, den der erweiterten Fraktionsminderheit, verurteilte aber die Haltung der 20 Separatisten, die eine Disziplinslosigkeit sei. Folgende Resolution wurde mit 50 gegen 6 Stimmen, der letzte Absatz einstimmig (Gen. Hüttmann enthielt sich der Stimme) angenommen:

Die am Sonntag, den 30. Januar 1916, in Kassel abgehaltene Parteikonferenz für den Wahlkreis Kassel-Weilungen steht auf dem Boden der am 4. August 1914 und später von den offiziellen Vertretern der sozialdemokratischen Reichsfraktion abgegebenen Erklärungen. Sie anerkennt insbesondere das in diesen Erklärungen abgegebene Bekenntnis zur Pflicht der Landesverteidigung und bekräftigt demgemäß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion.

In der Ueberszeugung, daß in der gegenwärtigen Zeit das Interesse der deutschen Arbeiter von ihrer parlamentarischen Vertretung im Reich anders nicht besser wahrgenommen werden konnte, mißbilligt die Konferenz jede gegenteilige Haltung in der Fraktion und im Reichstag.

Inbesondere verurteilt sie die am 21. Dezember 1915 von 20 Mitgliedern der Reichstagsfraktion betriebene Ablehnung der Kriegskredite und die von ihnen abgegebene Erklärung. Diese Sonderaktion durchkreuzt und erschwert aber auch die Friedensbemühungen der offiziellen Vertretungen der Partei und bildet einen Disziplinbruch, der um so betrüblicher ist und um so schärfere Zurückweisung fordert, als er von Reichstagsabgeordneten begangen wurde, von denen vorbildliches Handeln in der Förderung der Einheitsheit der Parteifaktionen verlangt werden muß. Ueber diese Pflicht haben die 20 Genossen sich hinweggesetzt und durch ihre Tat das Zeichen zur Desorganisation der Partei, zu weiteren Disziplinslosigkeiten gegeben. Das zeigt die am 17. Januar 1916 im preussischen Abgeordnetenhaus von der Mehrheit der Landtagsfraktion abgegebene sogenannte Friedenserklärung, in deren Abgabe die Konferenz nicht nur ein außerordentlich unparteiigenisches Verhalten gegenüber der Reichstagsfraktion, sondern auch eine grobe Mißachtung des Willens der Landeskommission, der zurzeit einzig möglichen organisatorischen Vertretung der Sozialdemokratie Preußens erblickt.“

Die Funktionäre des Wahlkreises Eberfeld-Barmen haben nach einem Verlat des Genossen Ebert mit 40 gegen 40 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Die verammelten Funktionäre des Soz. Vereins Eberfeld-Barmen billigen hiermit erneut die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Sie erblicken in der wiederholten Bewilligung der Kriegskredite die konsequente Durchführung der in der Erklärung vom 4. August ausgeprochenen Notwendigkeit, Deutschland gegen die Absichten der mit ihm im Kriege befindlichen Staaten zu schützen. Als eine Vertrauensstunde für die Regierung kann daher die Bewilligung der Kriegskredite nicht angesehen werden.

In dem Vorgehen der 20 Genossen, die am 21. Dezember im Reichstoge eine Sondererklärung abgegeben haben, erblicken die Verammelten einen schweren Disziplinbruch, der nicht scharf genug verurteilt werden kann. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie auch fernerhin alles daran setzt, die Organisation der Lebensmittelversorgung und die allgemeine Kriegsfürsorge zu fördern.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, alle Versuche zurückzuweisen, die darauf hinstellen, die durch großen Disziplinbruch vollzogene Spaltung der Reichstagsfraktion auf die Parteiorganisation zu übertragen.“

Preise von Lebensmitteln in Groß-Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin, das allmonatlich eine Zusammenstellung der im Kleinhandel gezahlten Lebensmittelpreise veröffentlicht, berichtet jetzt über die Ermittlungen von Mitte Januar 1916. Die Berichte aus den letzten Monaten stützten sich auf Angaben nicht nur der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, sondern auch des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche und des Beamtenwirtschaftsvereins Berlin, und sie teilten dann die daraus gewonnenen Durchschnittspreise mit. Für Januar sind Angaben des Vereins der Kolonialwarenhändler nicht mehr benutzt worden, vermutlich deshalb nicht, weil er keine mehr geliefert hatte. Die in dem neuesten Bericht des Statistischen Amtes aufgeführten Preise sollten hiernach eigentlich Durchschnittspreise aus den Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins sein, aber für die meisten Waren sind tatsächlich nur von einer einzigen Stelle die gewünschten Mitteilungen eingelaufen. Wer da die Angaben unterlassen hat, ob der Beamtenwirtschaftsverein oder die Konsumgenossenschaft, darüber sagt der Bericht nichts. Die Fälle, in denen bei einer Ware, weil sie gar nicht mehr geführt wurde, ein Preis von keiner einzigen Stelle angegeben werden konnte, haben sich weiter gemehrt. Es fehlen jetzt z. B. auch Angaben über Kohl, für den seit Anfang Januar beinahe Höchstpreise gelten. Wir können, wie in den vorhergehenden Monaten, aus der immer noch ziemlich umfangreichen Zusammenstellung des Statistischen Amtes nur eine Auswahl wiedergeben. Für die Vergleiche der Preise aus Januar 1916 mit denen aus früherer Zeit sind gewisse Einschränkungen zu beachten, auf die wir hier oft hingewiesen haben. Diesmal wollen wir zur Vergleichung denselben Monat nicht nur des letzten, sondern auch des vorletzten Jahres heranziehen. Um Mitte Januar 1914, 1915, 1916 wurden gezahlt (pro Pfund in Pfennig) für:

	1914	1915	1916
Kartoffeln:			
Beste Speisekartoffeln (10 Pfd.)	25	40	40
Wurst, Fleischwaren, Fische:			
Häseln:			
Würstchenfleisch	112	120	155
Thüringer Fleischwurst	120	180	200
Feine Leberwurst	120	180	220
Landleberwurst	110	130	200
Zwiebelleberwurst	60	70	140
Berliner Mettwurst	180	120	200
Polnische Wurst	110	130	240
Thüringer Rotwurst	80	100	180
Beste Salamawurst	180	200	290
Schinken, roh und gekocht	180	190	300
Schinkenpied	140	160	230
Speck, mager und fett	100-110	180	210-230
Schmalz (1 Stück)	7 1/2	9	19-23
Fettwaren:			
Butter	76	116	890
Lafelbutter	140-156	172	268
Margarine	80-90	90-100	160
Käse:			
Pimburger Käse	60	80	70
Schweizer Käse	110	110	180
Mühlensfabrikate:			
Grauen	22	32	50
Käsebröckchen	18	32	44
Käsebröckchen	25	32	55
Käsebröckchen	25-30	32-40	60
Knollenmehl	14	20	24
Getreidemehl 00	18	22	26
Konserven (p 2 Pfd.-Dose):			
Bred- und Schnittbohnen	88	84	48-57 1/2
Kohlrabi mit Grün	32	32	45
Spinat	50	50	56 1/2
Stangerparagel	140-160	140-160	150-180
Gemischtes Gemüse	55-75	55-75	90
Verchiedenes:			
Pflaumenmus (deutsches)	80	60	55
Zucker (Weiß)	28	22	28
Salz	11	12	11 1/2

Man sieht, daß die Preisentwicklung nicht nachgelassen hat. Diese Gegenüberstellung sagt uns längst nichts Neues mehr und kann nur immer wieder bestätigen, was wir ohnedies Tag für Tag an unserem Geldbeutel spüren. Sehr reich ist diesmal auch eine Vergleichung der Preise aus Januar 1916 mit denen aus Dezember 1915. Soweit es sich um Wurst und Fleischwaren handelt. Wir haben da einen Beitrag zur Frage nach den Wirkungen der Höchstpreisfestsetzungen. Die für diese Lebensmittel seit 20. Dezember 1915 geltenden Höchstpreise stehen meist unter, zum Teil aber auch über denen, die bis dahin gezahlt worden waren. Die Zusammenstellung aus Mitte Januar 1916 zeigt nun überall die Höchstpreise, so daß gegenüber der Zusammenstellung aus Mitte Dezember 1915 teils Ermäßigungen, teils aber auch Steigerungen zu verzeichnen sind. Von Dezember zum Januar sank der Pfundpreis z. B. bei Thüringer Fleischwurst von 240 auf 200, bei Landleberwurst von 220 auf 200, bei Berliner Mettwurst von 240 auf 200, bei Thüringer Rotwurst von 200 auf 180, bei bester Salamawurst von 310 auf 290 usw. Da mußte überall der Höchstpreis inne gehalten werden, den die Verordnung angelegt hatte. Andererseits ist vom Dezember zum Januar der Pfundpreis gestiegen z. B. bei Zwiebelleberwurst von 120 auf 140. Auch hier wird jetzt der Höchstpreis genommen, aber gewiß nicht zur Freude der Käufer. Sonderbar scheint die Preisbewegung, die wir bei der (oben in unserer Tabelle nicht mit aufgeführten) Sülzwurst sehen. Im Dezember kostete Berliner Sülzwurst 160 Pf., Braunschweiger Sülzwurst 240 Pf., im Januar dagegen wurden für beide Sorten übereinstimmend 170 Pf. gefordert. Seit 20. Dezember ist nämlich der Höchstpreis für Sülzwurst aller Art auf 170 Pf. bemessen. Auch die am 20. Dezember in Kraft getretene Senkung des Butterhöchstpreises kommt in den Januar-Ermittlungen zum Ausdruck. Aus Mitte Dezember konnte noch berichtet werden, daß Butter (feine und feinste) 240-254 Pf. kostete. Für Mitte Januar wird in dem Bericht nur noch Butter (feinste) zu 208 Pf., dem neuen Höchstpreis, aufgeführt.

Aus Groß-Berlin.

Die Uebervorteilung auf dem Lebensmittelmarkt.

Die hohen Preise auf dem Lebensmittelmarkt nötigen die Konsumenten, mit ihren Mitteln sehr hauszuhalten. Dabei werden sie aber beim Einkauf trotz aller Preisfestsetzungen oft in der schlimmsten Weise noch besonders benachteiligt. Um dem nach Möglichkeit abzuhelfen, hat die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin verordnet:

„Wer im Kleinhandel folgende Waren:

Böck, Gemüse, Kartoffeln, Vollmilch, kondensierte Milch, Butter, Käse, Eier, Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl, tierische Fette, Fleisch, Fleischwaren, Fische, Räucherwaren, Süßfrüchte, Reis, Mehl, Teigwaren, Grüns, Flocken, Grieß, Krautchen, Kaffee, Kaffeeersatz, Kaffeeertrag, Tee, Kakao, Schokolade, Zucker, Salz, Dörrgemüse, Hausseifen und Kerzen

feilhält, hat in seinem Verkaufsraum oder an seinem Betriebsstand ein gut leserliches und auch von außen deutlich lesbares Verzeichnis dieser Waren anzubringen, aus dem der tatsächliche Verkaufspreis ersichtlich ist.

Werden von derselben Ware mehrere Arten oder solche von verschiedener Beschaffenheit geführt, so sind diese Arten einzeln aufzuführen. Die gleiche Angabe wie im Verzeichnis ist auch an den einzelnen zum Verkauf gestellten Warengruppen und Warenarten anzubringen.

Die Preisankündigung im Verzeichnis gilt als Preisforderung im Sinne des § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 467).

Sobald eine Warenart ausverkauft ist, ist in dem ausgehängten Verzeichnis an die Stelle des Preises das Wort „Ausverkauft“ zu setzen.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu den angekündigten Preisen gegen Vorzahlung darf nicht verweigert, insbesondere nicht von dem gleichzeitigen Verkauf anderer Gegenstände abhängig gemacht werden.

Die Bestimmung des Absatzes 2 gilt nicht für städtische oder solche Verkaufsstellen, für welche von einer Behörde besondere Bestimmungen über die abzugebenden Mengen festgesetzt sind.

Die Mißstände auf diesem Gebiete schildert ein Beobachter der tatsächlichen Verhältnisse folgendermaßen:

„In den Markthallen und speziell an den Fleischständen findet man zwar Höchstpreistafeln, aber hoch oben über den Ständen hängen sie; lesen kann sie so niemand, selbst die Beauftragten der Preisprüfungsstellen müssen oft die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen.“

Die Preise werden „nach oben“ abgerundet, die Käufer zahlen und was auf der Höchstpreistafel steht, „geht niemand etwas an“. Die Betrogenen sind die Konsumenten, die die Höchstpreise auf den Tafeln nicht beachten. — Beim Gewicht ist die Kontrolle fast ebenfalls unmöglich. Die Auslagen verdecken meist jeden Blick auf die Waage. Früher war es gewöhnlich „für 10 Pf. mehr“, heute ist in der Regel für 20 sogar 30 Pf. mehr. Wer eine gute Waage im Hausstand hat — und die sollte nirgends fehlen — kann sich selbst überzeugen, daß ihn der Fleischer „gerupft“ hat, denn 20 Gramm machen noch lange nicht 20 Pf. mehr. Aber heute wird alles genau gemogen und so „kalkuliert“, daß die Fleischer nicht zu kurz kommen. Diese fassen auch die Höchstpreise so auf, als gälten sie für alle Qualitäten als Einheitspreis. Ob Ochsen- oder Kuhfleisch, ob 1. oder 3. Qualität, es kostet eben den üblichen Höchstpreis. Das gilt auch für die Wurstpreise, wo die Qualität noch viel unterschiedlicher ist. Direkter Betrug ist aber auch, daß z. B. bei Waren, von denen das Pfund 1,70 M. oder 2,30 M. kostet, das Viertelfund mit 45 Pf. bzw. 60 Pf. bezahlt werden muß. Ausdrücklich heißt es in den Bestimmungen: „Für Ausschmitt gelten dieselben Preise“ und „sich ergebende Bruchteile beim Kleinverkauf sind auf Pfennige abzurunden“. Es darf also das Viertelfund nur 43 bzw. 58 Pf. kosten. Die Betrogenen sind wieder die Konsumenten. Desser kann man auch beobachten, daß Höchstpreistafeln teilweise abgestempelt sind, auf denen z. B. Schinken mit 3.— M. ausgesetzt ist, wogegen der Höchstpreis nur 2,90 M. betragen darf. Die Höchstpreise für geräuchertes Fleischwaren und Wurst gelten auch für aus ausländischem Fleisch fabrizierte Waren. Noch größerer Betrug wird aber beim Verkauf von Schweinefleisch ausgeübt.

Hier liegt Nahrungsmittelverfälschung in fast allen Fällen vor. Der Höchstpreis besagt: „Für gehacktes Schweinefleisch, rein 1,60 M. für ein halbes Kilogramm.“ D. h. es darf das Schweinefleisch weder mit anderem Fleisch noch Wasser vermischt sein. Vor einiger Zeit hat selbst der Berliner Polizeipräsident öffentlich darauf hingewiesen, daß diejenigen gegen das Nahrungsmittelgesetz verstoßen und strafrechtlich verfolgt werden, die dem Hackfleisch Lungen, Herzen u. dergl. oder Wasser zufügen. Die Fleischermeister stört das wenig. Das Schweinefleisch ist in den allermeisten Fällen nicht rein, weil es erstens nicht aus lauter Schweinefleisch besteht, sondern mit Rindfleisch (Fresserfleisch) vermischt wird, zweitens werden ihm große Mengen Wasser (20 bis 50 Proz.) zugefügt, wodurch es geschmeidig wird und ein helles Aussehen bekommt. Wasser bringt Geld. Mit den modernen Maschinen läßt sich nicht nur viel Wasser verarbeiten zu Schweinefleisch und Wurst, sondern zu letzterer auch viele andere Teile, die sonst als Hundefutter verwendet wurden oder in den Müllkästen gewandert sind. Der aufmerksame Käufer findet sofort heraus, ob dem Schweinefleisch Wasser zugefügt bzw. ob er betrogen ist. Es wäre Pflicht der zuständigen Behörden, die Konsumenten in dieser schweren Zeit vor solchen Betrügereien zu schützen durch strengere Kontrolle und härteste Bestrafungen.

Zur Ablieferung der Ofentüren. Die Anzahl der abzuliefernden Türen an Öfen und Kochmaschinen, darunter auch die Auf- bezw. Schornstein- und Kachelöfen, beträgt allein in Berlin 3 bis 4 Millionen Stück. Die freie Vereinigung Berliner Hausbesitzervereine hat das Polizeipräsidium, Abteilung für Feuerwehr, ersucht, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß den Hausbesitzern Berlins die Ablieferung dieser Türen solange gestundet wird, bis sie in den Besitz der erforderlichen Ersatztüren gelangt sind.

Unersuchte Lotterien von Vereinsverbänden. Lotterien sind neuerdings mehrfach von Vereinsverbänden veranstaltet worden, ohne daß sie vorher angemeldet und die Stempelabgabe entrichtet worden wären. Der Abzug der Lose wurde dabei auf Vereinsmitglieder und deren Angehörige in der Regel beschränkt, zum Teil aber auch auf Freunde des Vereins ausgedehnt. Nachdem solche Fälle zur amtlichen Kenntnis gekommen sind, hat der Finanzminister die zuständigen Behörden angewiesen, auf Zuwiderhandlungen dieser Art zu achten. Derartige Veranstaltungen sind nach der Uebung der Verwaltung und der Rechtsprechung des Reichsgerichts als öffentliche Lotterien anzusehen, die der obrigkeitlichen Erlaubnis bedürfen und der zuständigen Steuerstelle anzumelden sind. In verschiedenen Fällen waren die unversicherten Lose mit einem Stempelabdruck versehen, der dem amtlichen nachgemacht war und sich von diesem nur dadurch unterschied, daß die Aufschrift „steuerfrei“ statt „stempelfrei“ lautete und eine Unterscheidungsnummer fehlte. Die obrigkeitliche Erlaubnis war in der Regel nicht eingeholt, mitunter auch von der zuständigen Behörde nicht für erforderlich erklärt worden.

Schule und Krieg.

In der Hauptversammlung des Berliner Lehrervereins am 28. Januar wurde das Ergebnis über die Einwirkung des Krieges auf die Schule und den Lehrerberuf gezogen. Wohl wurden — wie der Vorsitzende im Jahresbericht ausführte — durch die Verwendung einer Reihe von Schülern für militärische Zwecke größere Schwierigkeiten notwendig; auch wurden durch die Einziehung von mehr als zweitausend Lehrern in den Lehrkörpern und im gesamten Schulbetriebe Umwälzungen herbeigeführt und die Unterrichtsziele und der Unterrichtsstoff verändert, jedoch die Schularbeit selbst erlitt keine Unterbrechung. Die Richteingezogenen, auch die alten und schwächeren, übernahmen einen Teil der Mehrarbeit, und die anderen Lücken wurden durch vermehrte Heranziehung weislicher Lehrkräfte ausgefüllt. Die Kriegsammlungen in der Berliner Lehrerschaft ergaben über eine viertel Million Mark, und der Kriegszusatzbeitrag des Vereins wurde auf 87 000 M. gebracht. Eine ausgedehnte Kriegshilfe wurde auch den gestützten Dispreußen zuteil. Die wirtschaftlichen Notstände auf einzelnen Gebieten des Lebens berührten auch das Vereinshaus. Durch eine Umlage von 50 M. wurden die Ausfälle ausgeglichen und die durch die zahlreichen Kriegsoffer gesteigerten Ansprüche an die Witwen- und Waisenunterstützung in alter Weise befriedigt. Die Kassenprüfung des Vereins ergab bei Jahresabschluss eine Reserve von 54 000 M. Dem Vorstande wurde einstimmig Entlastung erteilt und ebenso einhellig keine Wiederwahl vollzogen. Erster Vorsitzender ist Hauptlehrer Lorenzen. Infolge der Kriegsumlage verließen 99 Mitglieder den Verein, wozu namentlich Pensionäre, Rektoren, katholische Lehrer und außerhalb des Gemeindekreises lebende Berufsgenossen zählen. Es wurde der feste Willkür gegeben, auch die weiteren Lasten des Krieges opferwillig zu tragen und ebenfalls an dieser Stelle durchzuhalten.

Aufwendungen für Kriegsunterstützungen.

Im Monat Januar sind von der Stadt Berlin 9816450 M. an Kriegsunterstützungen gezahlt worden, davon an Mietbeihilfen 1865500 M.

Die bisher geleisteten Unterstüzungen an Kriegsfamilien belaufen sich auf insgesamt 98 516 685 M. An Mietbeihilfen lediglich an Kriegsfamilien sind bis Ende Januar 16 122 893 M. gewährt worden. Hierbei sind die Mietunterstützungen, die Mietern in städtischen Grundstücken gewährt sind, nicht eingerechnet.

Die Anklage wegen des Raubüberfalles auf der Landstraße nach Michendorf. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat nun, nachdem die Voruntersuchung gegen die beiden 18jährigen Ruffler Eduard Lehmann und Erich Fritzsche geschlossen worden ist, unter dem Rudrum Lehmann u. Gen. gegen beide Anklage wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, durch den der Tod infolge der verübten Gewalt verursacht worden ist, erhoben. Die in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember an dem Wierkufcher Gustav Tiede verübte Bluttat wird vor dem Potsdamer Schwurgericht ihre Sühne finden.

Vorsicht! In den letzten Tagen ist es wiederholt vorgekommen, daß in Berliner Wohnungen Leute erlitten und von den Mietern angeblich im Auftrage der Stadt die beschlagnahmten Metallgegenstände einforderten. Um die Bewohner leichter zur Herausgabe der Gegenstände zu bewegen, geben sie sogar teilweise kleine Anzahlungen und verdrängen dann auf Kimmertwiedersehen mit den Sachen. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich in allen diesen Fällen um Schwindler handelt. Die beschlagnahmten Kupfer-, Messing- und Nickelgegenstände werden nur in den vom Magistrat öffentlich bekanntgegebenen Metallsammlungen der Berliner Gas-Revier-Inspektionen angenommen und nicht aus dem Hause abgeholt. Alle diejenigen Einwohner Berlins, die im Oktober ordnungsgemäß die vorgeschriebene Meldung erstattet haben, erhalten vom Magistratskommissar für Militärangelegenheiten (Metallabteilung) eine besondere Aufforderung zur Ablieferung an einer der errichteten Stellen.

Es empfiehlt sich in allen Fällen, in denen Personen ins Haus kommen, um sich unbedeutenderweise in den Besitz der beschlagnahmten Gegenstände zu legen, sofort der Polizei Anzeige zu erstatten und, wenn möglich, derartige Betrüger sofort feststellen zu lassen.

Kleine Nachrichten. An der Omnibushaltestelle in der Leipziger, Ecke Friedrichstraße, verfuhrte ein junger Burche, der aus der Prioratengaststube entwichen war, das Gedränge zu benutzen, einer Dame die Börse zu stehlen; er wurde aber dabei gefaßt und verhaftet. — Bei einem Glas Bier vergiftet hat sich in der vergangenen Nacht der 65 Jahre alte Händler Robert Wandeke an der Weddingstraße 8. Wandeke lebte in der Reinickendorfer Straße ein, trank einige Glas Bier und ging dann hinaus. Bald kehrte er zurück, setzte sich wieder auf seinen Stuhl und trank mit den Worten: „Nun hab ich geschafft“ eine flache Zypsol aus, bevor man ihn daran hindern konnte. Dann sank er leblos vom Stuhl. Man brachte ihn noch nach der Rettungswache, aber hier konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. — Ein schwerer Einbruch wurde am Montagabend auf dem Grundstücke Kottbuserstr. 4a verübt. Einbrecher stahlen aus dem Kleidergeschäft von Bremer große Vollen Kleidungsstücke und schafften die Beute mit einem Handwagen fort.

Aus den Gemeinden.

Die Müllabfuhr in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

In der letzten Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen verhandelt, der den Magistrat auffordert, schleunigst Schritte in die Wege zu leiten, um die gewaltige Ansammlung von Hausmüll zu beseitigen.

Jayow (Abg. Vereinigung) führte begründend aus, daß die Wirtschaftsgenossenschaft für Müllabfuhr vollständig versagt habe, da sie die von ihr geforderten Ansprüche, trotz Erhöhung des Abfuhrgebühres nicht erfüllen konnte. Die Privilegien der Gesellschaft, eigene Müllverladefelle und Abfuhrwagen, hätten wiederum den Schaden für die Gemeinde gesteigert. Wer Gelegenheit hatte, das Hausmüll abzuführen zu lassen, dem wurde der Abfuhrschein von der Gesellschaft verweigert. Als Entschädigung wurde angegeben, Mangel an Arbeitskräften sowie von Pferdmaterial. Dieser Umstand müsse aber nunmehr längst behoben sein. Andere Gemeinden haben sich zu helfen bemüht und die Abfuhr erwerbsmäßig geregelt. Dasselbe müßte auch hier geschehen. — Gottschalk (Abg.) wünschte, daß der Magistrat schon aus hygienischen Gründen für sofortige Müllbeseitigung eintreten würde. Der Müllabfuhrgesellschaft muß gezeigt werden, daß das Vertrauen zu ihr geschwunden sei. Auch die Mieter sind aufgebracht über die Müllanhebungen auf den Höfen. — Stadtrat Kabanow erklärte, daß der Magistrat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe, aber zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß jetzt während des Krieges an eine Uebernahme in eigene Regie nicht heranzutreten werden könne. — Genosse Käter gibt zu, daß sich jetzt in dieser Zeit die eigene Regie nicht so schnell durchzuführen läßt, aber vor Ausbruch des Krieges war hinreichend Zeit gewesen, der Frage näher zu treten. Obwohl langjährige Verträge abgeschlossen, erhebliche Erhöhungen vorgenommen und weibliche Arbeitskräfte beschäftigt wurden, sei es der Gesellschaft nicht gelungen, ihren Verpflichtungen voll nachzukommen. Es müsse außerdem eine Vorlage ausgearbeitet werden, die die Beseitigung des Hausmülls vorseht. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bernau. In einer gutbesuchten Wahlvereinsversammlung des Bezirkes Bernau u. iprach Genosse Stadthagen über die letzten Vorgänge im Reichstags. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 29. Januar tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnim, Bezirk Bernau, spricht

Schluss-Freitag! = Inventur-Ausverkauf = Schluss-Freitag!

Günstige Kaufgelegenheit = Unvergleichliche Preisvorteile

Preise



Friedrichstraße 129
Leventhalstraße 201
Königsstraße 34
Leipziger Straße 65
Oranienstraße 47a

Moabit, Turmstraße 50
Müllerstraße 3a
Oranienstraße 34
Reutbahn, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Kollege, der Dreher

Gustav Gragen

(Lichtenberg, Leisingstr. 16) am 20. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Marzahn aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Klempner

Albert Blankenfeld

(Wanteufelstr. 68) am 31. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Schmied

Ernst Hoge

(Waltstr. 9) am 30. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelskron-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Schlosser

Emil Look

(Lichtenberg, Schillerstr. 6) am 21. Januar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
111/8 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Karl Golz

vom Köpenicker.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße, aus.

Den Mitgliedern geben wir ferner Nachricht vom Tode des Kollegen

Emil Lietz

vom Vieh- und Schlachthof.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße, aus.
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung der Kollegen ersucht.
22/7 Die Ortsverwaltung.

Frauen-Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer.

— (Berlin, Bezirk 10.) —
Am 29. Januar verstarb unser Mitglied Frau

Minna Fenske

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in Niederhöfenhaußen, Blankenfelder Straße 6, statt.
Um rege Beteiligung bitte!

257/5 Die Ortsverwaltung.

Brandenb. Maschinensetzerverein (V. d. D. B.) Sitz Berlin.

Am 31. Januar verstarb unser liebes Mitglied, der Maschinen-

Wilhelm Walter

aus Berlin im 32. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gräber-Friedhof, Mariendorf, Gauselstr. 220.
Baldige Beerdigung erwartet.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Stralau.
Am 29. Januar verstarb unser langjähriger Genosse, der Schleifer

Ewald Henschler

Markgrafendamm 8, im Alter von 51 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Stralauer Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
248/7 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Genosse

Heinrich Hallmann

im 50. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof Marzahn statt.
Um rege Beteiligung bitte!
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Galantiers

Kasimir Kasprzyk

sage ich hiermit Herrn Meister Röhder und den Kolleginnen und Kollegen der U. C. G., Adlerstraße, A. F. 5, dem Soz. Wahlverein des Berliner Reichstagswahlkreises (10. Abteilung, Bez. 621), dem Verband der freien Oblet- und Schantwirts Deutschlands (Bez. 2 Berlin), den Holzarbeitern der U. C. G., Brunnenstraße (Wkt. M. T.), dem Herrn Zimmerpolier und seinen Kollegen der Firma Reyer sowie allen Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.
105/4

Luise Kasprzyk,

Voltastraße 40.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau

Klara Laube

geb. Sommerau
sanft entschlafen ist. 117/13
Um stille Beileid bitten
Karl Laube

Karl Sommerau, Bruder u. Frau Anna Planch geb. Sommerau Charlotte Wille als Nichte.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, Dom-Kirchhof Müllerstraße aus statt.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.

Sprechstunden: 10-2 und 4-8

Als ein weiteres Opfer des Weltkrieges erlitt den Heldentod durch Kopfschuss am 25. Januar 1916 unser lieber Kollege, der Maschinenführer

Emil Braasch

beim Landw.-Inf.-Regt. Nr. 35 im Alter von 37 Jahren.

Mit ihm verlieren wir einen lebensfrohen und braven Mitarbeiter, dessen wir stets ehrenvoll gedenken werden.

Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Dankfagung.

Allen Freunden, Bekannten, Kollegen und den Mitgliedern des Hauses, welche bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters

Wilhelm Kussatz

gefolgt sind, besonders Herrn Gierbig für die tröstlichen Worte lagen wir unseren herzlichsten Dank.
Witwe Pauline Ruffay
und Kinder. 112/11

Dankfagung.

Für ihre herzlichste Anteilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Braut

Frida Förster

lage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen und Kolleginnen der U. C. G., Automaten- und Adler-Kaufhaus, Stangerstr. 11, meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde hinterbliebene
Bräutigam

Franz Lippowski

Brunnenstr. 85.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Ständiger Vorrat 15 000 Stück

Westmann

L. Moeranstr. 27a Kolonnenaden.
K. Große Frankfurter Str. 115 (nahe Andranstraße).

Im Einzelnen:	Im Einzelnen:
Stück	Preise
gegen 1000 Stück	30,- 25,- 15,-
• 150	65,- 45,- 35,-
• 3000	85,- 65,- 55,-
• 2000	100,- 75,- 65,-
• 800	55,- 35,- 25,-
• 1500	65,- 45,- 35,-
• 30	65,- 45,- 35,-
• 1500	65,- 45,- 35,-
• 500	65,- 45,- 35,-
• 2500	65,- 45,- 35,-
• 500	65,- 45,- 35,-

Gummimantel für Damen u. Herren, prachtvolle Qualität Seidengummimantel, haltbare Gummierung, blau, grau, mode usw.
Kostüm, auch Frühjahrsmodelle 1916, wunderbare Ausstattungen
Ulster aus besten Stoffen, mollig, wollig, warm
Pfuschmäntel, bester Seal- u. Seidenplüsch, Wollgarn, Krimmer
Häke, Kammgarn, Tsch, Fantasiestoffe
Feilmäntel, kurz u. lang, Sealusam, Netz, Sealtanin
Frauenmäntel, Tsch, Kammgarn, mit schönem Futter
Lodenmäntel, Lodenkostüm, Lodenpelzmantel
Tranerkleider, Tranerhüte, Hüsen usw.
Garnierte Kleider, Salts, Tafel, Samt, leichten Wollstoffe

Trauerhüte von M. 3,- an. Blusen von M. 2,- an.
Einsegnungskleider von M. 15,- an.
Starke Figuren Soden Passendes in allen Abteilungen

Sonntag geöffnet 12-4

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholl. Getränke Franz Abraham Bank Meissna-u-Römertrank-Kell. C. 13 Karlstr. 1a, Fernsp. Kgl. 12705 Bad-Anstalten Central-Bad Neukölln Ansonnerstr. 25. Diana-Bad Köpenickerstr. 33. künstliche Bäder. National-Bad , Brunnenstr. 9. Passage-Bad Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad , Wiener Str. 65. Bäder u. Kurbestellen Hr. Friedrich, Eisenbahnstr. 31. Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892. F. Klosewetter, Schivelbeinstr. 11. Felix Kynast, Dänenstr. 9. G. Meier, Grünerweg 27. Fz. Pribyl, Osnabrückerstr. 24. Turban Filialen in allen Stadtteilen. Emil Werk, Sauerstr. 8. Otto Wolff, Treptow, Köpenick, 14. Zechau, Gr.-Lichterf., Gauselstr. 114. Paul Zastrow, Stromstr. 23. Handagen, Gummiwaren R. Hauke, Sirlauer Str. 35. E. Kraus, Kottbuserstr. 11. A. E. Lange, Brunnenstr. 146. Eisen, Stahl, Waffen, Verker Carl Jung, Stromstr. 37. Rühlmann, P.-Müllerstr. 40b, K. Besser.	Erscheint 2 mal wöchentlich. Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen. August Holtz 15 Detail-Geschäfte. Norm. Kunert, Culmstr. 29. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43 Uhly & Wolfram Bierbrauerei, Bierhandlg. Brauerei Bötzw empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges. Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel	Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere. C. Habels Brauerei hell — Nabelbräu — dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier! Spandauerberg-Brauerei Weissbier, C. Breithaupt, Pallasdenstr. 97 Tel. Kgl. 2981, 2982 Cigarrenfabriken JUHL 250 GESCHÄFTE J. Neumann 200 Niederlagen Eisfabriken Timmer-Essig überall erhältlich!	Cacao, Schokolade, Confitüren SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt. Drogen und Farben Werder-Drogerie, Britz, Holzweg 15 Fleisch- u. Wurstw. W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gericke, Petersburgerstr. 31 Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26 Luehke, Joh. Rostockerstr. 43. Fleisch- u. Wurstfabr. A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4 Paul Zwarg, Landsberg-Allee 138. Hüte, Mützen, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 48. Vester, E. Damm 14/19 Kolonialwaren Fritz Hübner, Schliemannstr. 11. Franz Richter, Malplaquetstr. 46/28	Herrn-u. Knabengard J. Baer Radstr. 35, Ecke Prinzen-Allee. Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Leake & Sipecki, Seib.-Allee 70 4 Kaffee-Rösterei A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten Aserkaffee verteilte, feine Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann (Kurz-, Weiss-, Woll-, Frikolage) Hermann Meyer, Schivelbeiner Str. 21. Mehlhandlungen Bethke, Georg, Markster- str. 44- Neukölln, Allee 23, Kaiser-Friedr. Str. 44, Wasserstr. 199, Friedelstr. 23 Treptow, Ork.-Str. 44. Gaage, Otto Charlotten- burg. F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48. F. W. Sichter Ecke Currystr.	Nähmaschinen Bellmann, K. Gollnowstr. 20 Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schubert, Carl, Nikl. Bergstr. 14 Photogr. Apparate M. Albrecht 50, Kottbuserstr. 2. auch Gelegenheitskaf. Photo-Jansen, Hauptstr. 23. Schreibwaren O. Prochnow, Silla, Hermannstr. 48 Wolne, Liköre, Fruchtsäfte Hugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co., Act.- Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. Underberg Doonskamp SEMPER IDEM anerkannt bester Bi-terfiker	Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 : 55193 : Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb Molkereien „Schweizerhof“ Meierei und Milchverarbeitungs- Kmdener Str. 46 u. Tel. U 2555. Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankl. Allee 49 Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeitsversicherung — Schützen- Sterbekassenversicherung. Straße 3. Wirtschaften, Etablissements. Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139. O. Rohloff, Uferstr. 1, Bräuerstr. 14 Original-Schmitt-B-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßhies. Mahlsdorf Frau A. Pagel, Kolonialwaren. Marlandorf H. Wagner, Königstr. 11, Finckh-Str. 14
--	--	---	--	---	---	---